

# Volksstimme

Einzelpreis 10 Pfennig.

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pauli, Buch- & Co. Magdeburg, Große Mühlentorstraße 3. — Fernsprechnummer für Inserate Nr. 1867, für die Redaktion Nr. 1714 für den Verlag und die Druckerei Nr. 1861. — Postzustellungsnummer 2 Nachtrag, Seite 110. — Verkaufspreis 10 Pfennig. — Abonnementpreis 1,00 Mark. — Abnehmer 0,50 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10spaltige, 27 Zeilen breite Nonpareillezeile beträgt 20 Pfennig, auswärts 25 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12½ Pfennig, Vereinstalender 20 Pfennig, die dreispaltige 27 Zeilen breite Nonpareillezeile beträgt 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,50). Der gewählte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Tagesbriefchen keine Gebühr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 271.

Magdeburg, Dienstag den 18. November 1924.

35. Jahrgang.

## Wilhelm auf fremdem Pferde.

Der Chefredakteur des „Berliner Tageblattes“, Theodor Wolff, veröffentlicht dieser Tage im „Verlag für Kulturpolitik“ ein Buch: „Das Vorbild“, in dem er die schnelle Entwicklung der wilhelminischen Ära von der byzantinischen Scheingröße zum völligen Zusammenbruch schildert und begründet. Wie uns mitgeteilt wird, stützt sich dieses Werk, das im Gegensatz zu den „Vollenbeten Tatsachen“ keine Wiedergabe früherer L. W.-Artikel, sondern eine völlig neue politisch-geschichtliche Arbeit darstellt, auf eine ganze Anzahl

bisher unveröffentlichter Dokumente, insbesondere Kaiser- und Bülow-Briefe. Aus der Neuerscheinung sei hier ein Abschnitt wiedergegeben, der schon deshalb von hohem Interesse ist, weil er das Bild des Unglücksmanneichen vervollständigt, der zum Leidwesen seiner Zeitgenossen auf Deutschlands Thron. Hier tritt Wilhelm II. in einer ganz neuen Rolle auf, nämlich als Selbstmordkandidat!

Die Dinge spielen in der Zeit nach der Zusammenkunft Wilhelm II. mit dem Zaren in Björkö. Dort hatten die beiden Monarchen ein Defensivbündnis vereinbart, dessen Entwurf vom Reichskanzler Fürsten Bülow ausgearbeitet worden war. Doch hatte der Kaiser auf eigene Faust zwei Worte eingeschaltet, die den ganzen Sinn des Vertrages auf den Kopf stellten und ihn für Deutschland völlig wertlos machten.

Der Reichskanzler lehnte es ab, die Verantwortung für die diplomatischen Eigenmächtigkeiten seines kaiserlichen Herrn zu übernehmen und reichte, wie erst viel später bekannt wurde, sein Entlassungsgesuch ein. Dazu schreibt Theodor Wolff:

Wahrhaftig ruht in verschlossenen Archiven und seit verwahrten Hofarchiven ein ähnliches Schriftstück wie der Brief, in dem Wilhelm II. am 11. August 1905 den wohl nicht unbedingt anzunehmenden Fürsten Bülow anflehte, neben dem Thron anzuharren. Der Brief wurde in Wilhelmshöhe geschrieben, und seine Existenz blieb natürlich, wie das Demissionsgesuch Bülows und die ganzen Vorgänge in und um Björkö, dem Volke verborgen, bis man ihn, gut aufbewahrt, zwischen den anderen Papieren des Auswärtigen Amtes fand. Wilhelm II. jagte in dem Schreiben . . . er habe ihm, dem Reichskanzler, nur vorzuarbeiten und zu helfen versucht. Da habe der Fürst ihm „ein paar hübsche Zeilen“ und seine Entlassung gewünscht. „Dem besten, intimsten Freunde, den ich habe, so behandelt zu werden, ohne Angabe eines sichhaltigen Grundes, das hat mir einen solchen fürchterlichen Stoß gegeben, daß ich

### vollkommen zusammengebrochen

bin und befürchten muß, einer schweren Nervenkrankheit anheimzufallen.

Er beschwor den Freund, ihm das nicht anzutun: „Ihre Person ist für mich und unser Vaterland 100 000mal mehr wert als alle Verträge der Welt.“ „Ich habe sofort beim Kaiser (von Rußland) Schritte getan, die diese beiden Worte abschwächen oder eliminieren sollten.“ Habe ich nicht Bülow gegen seinen Willen „in Tanger eingekerkert“? Eindringlich erinnerte er den Reichskanzler an diese Begebenheit und an die Gefahren, von denen in Tanger sein Leben bedroht (?) gewesen sei: „Ich bin Ihnen zu Liebe, weil es das Vaterland erheische, gelandet,

### auf ein fremdes Pferd

Ich meiner durch den bezürpften linken Arm behinderten Reisefähigkeit gestiegen, und das Pferd hätte mich um ein Haar ums Leben gebracht, was Ihr Einsatz war! Ich ritt mitten zwischen den spanischen Anarchisten durch; weil Sie es wollten und Ihre Politik davon profitieren sollte, und jetzt wollen Sie mich, wo ich das alles — und, wie ich zuversichtlich glaubte, noch weit mehr — für Sie getan, einfach jahren lassen weil meine Situation Ihnen zu ernst erscheint! Aber Bülow, das habe ich nicht um Sie verdient! Nein, mein Freund, Sie bleiben im Amte und bei mir und werden mit mir gemeinschaftlich weiter arbeiten ad majorem Germaniae gloriam. (Zum größern Ruhm Deutschlands, D. Red.) Sie sind mir durch meine diesjährige Verwendung ja geradezu verpflichtet. Sie können und dürfen mir nicht verjagen, damit wäre Ihre ganze eigne diesjährige Politik von Ihnen selbst desavouiert und ich auf ewig blamiert! Was ich (in dem Briefe unterstrichen) nicht überleben kann.“

Ein Postskriptum besagte: „Der Morgen nach dem Eintreffen Ihres Abschiedsgesuchs würde den Kaiser nicht mehr am Leben treffen.“ und die bezweifelnde Mahnung: „Denken Sie an meine arme Frau und meine Kinder!“ bildete den melodramatischen Schluß.

Es wäre vielleicht ad majorem Germaniae gloriam besser gewesen, wenn Bülow sein Abschiedsgesuch doch eingereicht, zugleich aber alleruntertänigst S. M. in eine Anstalt hätte bringen lassen, ähnlich wie manche seiner königlichen bayrischen Vettern. Aber auch dann wäre keineswegs sicher gewesen, daß Deutschland vor weiterem Schaden bewahrt geblieben wäre, denn der Thronfolger hatte zwar ge-

stündere Kerben, aber schwamm damals köhlig im alldeutschen Fahrwasser. Diese Erwägung mag Bülow veranlaßt haben, sein Entlassungsgesuch nicht einzureichen.

Im übrigen: Wer glaubt, daß Wilhelm wirklich jemals Selbstmord verübt hätte? Zum Selbstmord gehört immerhin etwas Mut. Und wer noch monatelang bei dem bloßen Gedanken zittert, daß er

### einmal ein fremdes Pferd geritten

hat, der wird schon nicht die Entschlußkraft aufbringen, sich ins Jenseits zu befördern. Wenn je Wilhelm einen Anlaß gehabt hätte, Selbstmord zu begehen, oder wenigstens den Tod zu suchen, so doch in den Novembertagen von 1918. Aber auch damals zog er es vor, den Weg nach Holland zu nehmen.

Diese Selbstmorddrohung trägt alle Merkmale jener Verzweiflungsstimmung, die heranwachsende Kinder in den Pubertätsjahren bei oft nichtigen Anlässen durchdrücken. Sie ist ein neuer Beweis für die bereits aus Dutzenden von Zeugnissen bekannte Tatsache, daß Deutschland 29 Jahre lang von einem schweren Psychopaten regiert worden ist. —

## Das Rheinland — der Mühlstein am Hals . . .

Es fährt sich in diesen Tagen die Zeit, da Deutschlands Einheit in einer Gefahr schwebte, wie kaum je seit den furchtbaren Jahren 1914. Der passive Widerstand im besetzten Gebiet hatte aufgegeben werden müssen — bedingungslos. Die deutschnationalen Finanzierungsfinsternisse hatten die Inflationschlinge am Hals des deutschen Volkes zugeschnürt. Der Separatismus erhob sein Haupt. Die deutschnationale Presse propagierte den Gedanken der „vorübergehenden Preisgabe“ des Rheinlandes. Das Rheinland sollte als „Reparationsprovinz“ den Poincaristen überlassen bleiben, mit der Eingabe des Rheinlands hofften die feuerscheuen deutschen Junker und ihre guten Freunde aus der Industrie die Reparationslasten loszuwerden.

Manch ehrlicher Mann ließ sich von den „nationalen“ Phrasen befreien, mit denen diese auch-nationale Politik des brutalsten Egoismus verbrämt wurde. Wer diese Politik flat und bewußt wollte, dem soll nicht bestritten werden, daß



Dr. Jarres,

der volksparteiliche Innenminister, der im Herbst 1923 das Rheinland sich selbst, d. h. Poincaré, überlassen wollte.

er politisch dachte — nur war es eben nicht national gedacht. Wer aber damals auf die nationalen Phrasen hereinfiel, mit denen der egoistische Plan eines Rumpledeutschlands verbrämt wurde, der hat in historischen Stunden seines Volkes verlagert, der hat bewiesen, daß er das Zeug zum Politiker nicht hat. Seine persönlich anständige Gesinnung braucht nicht bezweifelt zu werden, völlig aber seine Fähigkeit, in entscheidungsschweren Stunden Führer und Berater seines Volkes zu sein. Was von dem einzelnen Mann gilt, das trifft auch zu auf ganze Parteien. In diesem Sinne war die Haltung führender Politiker und ihrer Parteien zur Rheinlandsfrage im Herbst 1923 geradezu ein Prüfstein für ihren in gutem Sinne nationalen Wert.

Unvorsichtig, sehr unvorsichtig war es darum von der Deutschen Volkspartei — ausgerechnet auch noch im Rheinland selbst! — das Kapitel „Verjagungstheorie 1923“ anzuwenden. Dr. Moldenhauer war der

Deutschen Volkspartei zapfte die Demokraten an, und deren Bezirksvorsitzender, Justizrat Bernhard Falk, gibt eine Antwort, die der Deutschen Volkspartei, samt ihren schwarzweißroten Freunden in der deutschnationalen und den völkischen Parteien, in diesem Wahlkampf noch sehr oft vorgehalten werden wird.

Justizrat Falk gibt eine eingehende Darstellung der Verhandlungen, die seit September 1923 die Führer des Rheinlands mit der damaligen rein bürgerlichen Reichsregierung — Reichskanzler war Stresemann! — über das Schicksal des Rheinlandes führten. Niemand anders als Dr. Jarres war es, der damals den Gedanken aussprach, das Rheinland sich selbst zu überlassen; Deutschland solle erklären, daß es keinerlei Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag mehr anerkenne. Dr. Jarres war sich darüber klar und sprach es am 25. Oktober in Gagen aus — das Rheinland bei Befolgung seiner Ratschläge vom Reiche getrennt werden, woran er die Hoffnung knüpfte, daß es sich nur um eine vorübergehende Trennung handeln werde.

Dr. Moldenhauer von der Deutschen Volkspartei teilt den Gedanken eines Direktoriums, das selbstständig mit Poincaré verhandeln sollte. Dieser Gedanke wurde auch von dem damaligen Reichskanzler Stresemann vertreten. Stresemann war es auch, der am 11. November den Dr. Jarres als Reichsinnenminister in sein Kabinett aufnahm, trotzdem er wußte, welche Absichten Jarres in bezug auf das Rheinland hatte. Den Gedanken der Verjagungspolitik vertrat auch der Finanzminister Dr. Loh, der ebenfalls der Deutschen Volkspartei zugewandt ist. Justizrat Falk erwähnt einen Berliner Großbankdirektor — Volksparteiler! —, der das berühmte Wort prägte: „Das besetzte Gebiet ist der Mühlstein am Hals des deutschen Volkes, das abgeschnitten werden muß!“ Wegen der im Reichskabinett herrschenden Auffassung über die Preisgabe des Rheinlandes ist damals die Minister Fuchs aus dem Kabinett ausgeschieden.

Was wäre aus dem Rheinland, was wäre aus dem Deutschen Reiche geworden, wenn die Vorschläge der Jarres-Moldenhauer-Stresemann befolgt worden wären! Dagegen stand das Rheinland auf! Justizrat Falk hat damals erklärt: „Ich habe vier Jahre lang mit den Franzosen um meine Heimat gekämpft; ich bin bereit, den Kampf mit derselben Energie auch mit dem Reichskabinett zu führen.“ Dem gegen das Verjagen rebellierenden Rheinland stand die Arbeiterschaft und das demokratische Bürgertum treu zur Seite. Die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokraten drohten mit den schärfsten Gegenmaßnahmen, wenn die Reichsregierung es wagen sollte, das Rheinland den Generalen Poincarés zu überlassen.

Die Reichsregierung wagte angesichts dieser Widerstände nicht, ihre Theorie in die Praxis umzusetzen: das Rheinland, das aus eigenem den Separatismus niederwarf, war gerettet und mit dem Rheinland die Einheit des Reiches.

Im Rheinland sind die Verjagungspolitik noch nicht vergessen und Schwarzweißrot steht in diesem national so schwer bedrängten Gebiet in sehr geringem Ansehen.

Das Rheinland steht zu Schwarzrotgold! —

## Das Ende der Regie.

Mit dem 16. November sind die Regiebahnen wieder in die deutsche Verwaltung übergegangen. Aus diesem Anlaß hat der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn an die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Eisenbahn des besetzten Gebietes einen Aufruf gerichtet, in dem er den Eisenbahnern für die während des Ruhrkampfes gebrachten großen Opfer seinen Dank ausspricht. Sicher ist die Wiedervereinigung des wertvollsten Teiles der deutschen Eisenbahnen mit der Reichsbahn ein Anlaß zur Freude. Gleichwohl geziemt es sich nicht — so betont der Aufruf — ihr laut und öffentlich Ausdruck zu geben. Die Zeiten sind noch zu schwer für solche Kundgebungen. Darum ermahne ich alle eindringlich, jeden Uebermut und alles Frohlocken zu vermeiden und es sich genug sein zu lassen an der inneren Genugthuung und dem Gedanken, daß die Bahnen wieder deutsch geworden sind und die Zeit der Trennung nun ein Ende hat.

Zum Schluß vermerkt der Generaldirektor, daß trotz der Verankerung des äußeren Gewandes das Verhältnis der Reichsbahn zu ihrem Personal das gleiche bleibe wie ehemals. Die neuen Entwürfe zur Personalordnung der Reichsbahn sind aber nicht so harmlos, daß man lediglich von einer Forderung des äußeren Gewandes sprechen kann.

## Wahlzüge.

Die Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei hat in diesen Tagen der gleichgesinnten Provinzpresse einen Artikel zugesandt, in welchem dem sozialdemokratischen Landrat des Kreises Liebenwerda, Vogl, der Vorwurf gemacht wird, unter den beim Kreisauschuß beschäftigten 17 Beamten und 41 Angestellten keinen einzigen Militärwärter, sondern nur Parteigenossen angestellt zu haben, denen dadurch eine bequeme Verpflegung verschafft worden sei. Darunter befänden sich Leute, die keine Ahnung vom Beamtenberuf hätten, sondern nur der Bestimmungspflichtigkeit ihre Anstellung verdankten.

Landrat Vogl hat der genannten Korrespondenz auf Grund der von ihr verbreiteten Verleumdungen eine Verichtigung zugehen lassen, in der folgendes gesagt wird:

Von den 17 Beamten und 41 Angestellten des Kreis-aus-schusses Liebenwerda gehören — leider! — nur zwei der Sozialdemokratischen Partei an. Was die zum Vorwurf gemachten früheren Verurtheile betrifft, so ist einer allerdings früherer Tischler gewesen, aber Schwerkrriegsbeschädigter, der seit 1919, also noch von meinem Vorgänger, dem deutschnationalen Landrat v. Worle, angestellt war.

Ein früherer Maurer und ein ehemaliger Metallarbeiter sind ebenfalls vor dem Dienstantritt des Landrats Vogl vom paritätischen Arbeitsnachweis eingestellt worden. Ein früherer Metallarbeiter ist wegen seiner anerkannt hervorragenden Begabung von Vogl eingestellt worden. Kräfte wie diesen wird er jederzeit gern in seine Verwaltung aufnehmen. Der sogenannte Gastwirt ist seit 40 Jahren gelernter Buchhalter. Der sogenannte Schriftsetzer war ebenso wie die beiden Mechaniker nie in diesem Beruf. Sie sind gelernte Kaufleute bzw. Friedenskapitulanten. Der „Musiker“ ist gleichfalls gelernter Kaufmann und Friedenskapitulant gewesen (ehemaliger Feldwebel). Die letztgenannten fünf Personen sind gerade wegen ihrer Vorbildung als Fachleute in der Kreispartei tätig.

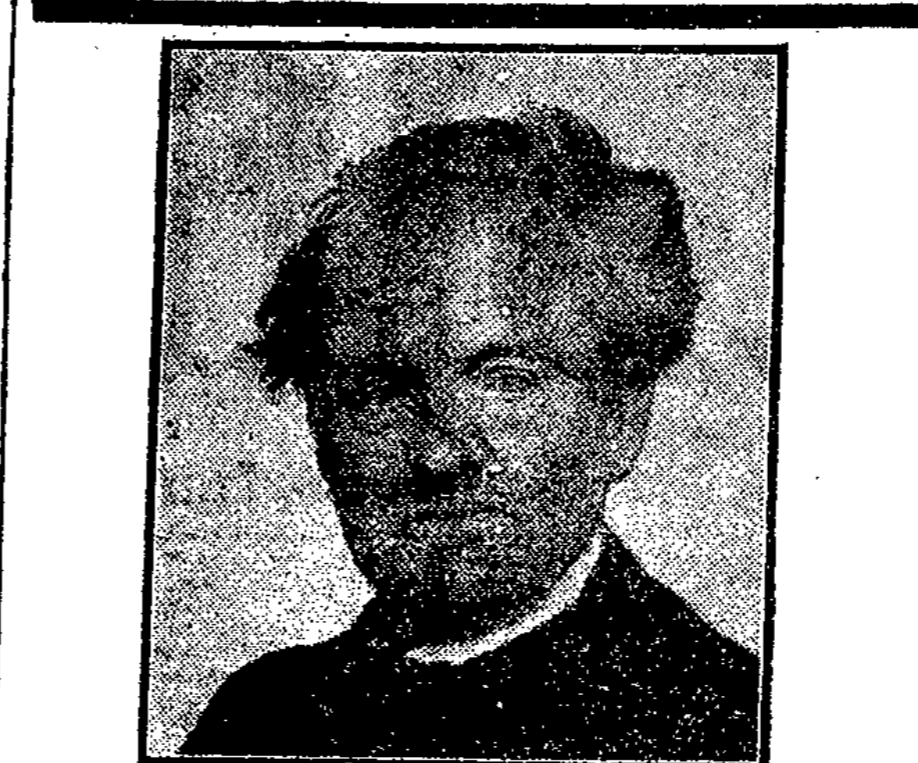
So steht es also in Wahrheit mit der „Huterkrippenwirtschaft“ aus. Den lächerlichen Vorwurf hatte man erhoben, nur weil es sich um einen sozialdemokratischen Landrat handelte, dessen vorbildliche und tadelfreie Geschäftsführung den Deutschnationalen ein Dorn im Auge ist. Wir sind gespannt, ob die Verleumder den Mut aufbringen, ihren Lesern Kenntnis von dem deutschnationalen Pöbelwerk zu geben.

## Wie gelogen wird.

Vom Bundesvorstand des Reichsbanners wird aus geschrieben:

In einem Teile der deutschen Presse wird unter der Überschrift „Köstung! Die Augen — links!“ ein Artikel veröffentlicht, der sich mit der Reichsbanner-Fahnenweihe in Miedowitz (Deutschhochschlesien) beschäftigt und offenbar der „vaterländischen“ Verleumdungsfabrik entstammt. Eine Anzahl Mitglieder des dortigen Ortsvereins werden darin in das übelste Licht gestellt. Von dem Führer M. u. wird u. a. behauptet, er sei bei der polnischen Apo tätig gewesen und mit Gefängnis bestraft, einer Anzahl von Mitgliedern wirft man vor, sie seien an den Insurgentenaufständen beteiligt gewesen und hätten sich als „Erzgerne der proletarischen Umherziehenden“ traurigen Ruhm erworben. Ferner sei ein Fräulein Gawenda, die Schwester eines überaus tüchtigen Insurgenten, als „Ehrendame“ unangenehm aufgefallen, wie überhaupt alle diese Festteilnehmer von den anständigen Elementen des Ortes abgelehnt würden.

Die vom Gauverband Oberschlesien im Auftrage des Bundesvorstandes vorgenommene Untersuchung hatte folgendes, auch durch die polizeilichen Ermittlungen bestätigtes Ergebnis:



Gerhart Hauptmann,

der deutsche Dichter, über den die ganze schwarzweißrote Meute wegen seines Briefes an die Dessauer Demokraten herfällt. Gerhart Hauptmann sagt von sich, er stehe dort, wo die schwarzrotgoldene Waburgjugend gestanden hat, er stehe nicht mehr bei jenen, die den ganzen Jammer des Krieges erneuern wollen oder ihn vergessen haben.

M. u. ist niemals Beamter der polnischen Wirtshauspolizei gewesen, sondern betätigte sich in den Organisationen zum Schutze der deutschen Heimat. Im Jahre 1922 war er Führer des deutschen Selbstschutzes in Miedowitz und wurde als solcher sehr geschätzt. Zweifler mögen sich bei Direktor Thomas von der Preußengrube und Baumeister Rosemann erkundigen. Die gegenteiligen Behauptungen sind darauf zurückzuführen, daß M. u. es abgesehen hat, sich der monarchistischen Bewegung anzuschließen. Man hatte ihm für diesen Fall Geld und einen besseren Posten versprochen. Die in dem Artikel genannten jugendlichen Mitglieder, z. B. Groß, Scholz, Sassa und Elabon haben am Polen-aufstand nicht teilgenommen; ihnen kann Nachteiliges nicht nachgesagt werden. Gonschior und Wylowitz wurden von den Insurgenten gezwungen, an die polnische Front zu gehen. Sie sind beide deutschgeimnt. Aufschek ist entgegen der Behauptung kein Fürstjungekind und vom März 1920 bis zum September 1921 von Oberschlesien abwesend gewesen. Gegen ihn sowohl als auch gegen Pieska, den früheren Kapellmeister der Kapelle der Preußengrube, der von den Insurgenten verschiedentlich gezwungen wurde, Musik zu stellen, konnte nichts Ehrenrührendes festgestellt werden. Das genannte Fräulein Gawenda hat nur das Unglück, die Tochter eines polnischgeimnten Vaters zu sein. Lediglich Depont, der aber nicht, wie behauptet, Fahnenträger war, und Alex erfreuen sich nach unsern Feststellungen seines besonders guten Rufes. Sie sind längst aus dem Ortsverein Miedowitz ausgeschlossen worden.

Im übrigen haben die Kritiker aus dem Lager der „vaterländischen“ Verbände alle Veranlassung, sich mit ihren eigenen Organisationen zu beschäftigen. Es steht fest, daß ehemalige Wirtshauspolizisten in den Kriegervereinen und den verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen wie Oberland, Stahlhelm usw. zu finden sind. Beispielsweise sind folgende Insurgenten Mitglieder des Kriegervereins Miedowitz: E. u. i., Alois, Krause, H. i., Wilhelm, Hof, Joseph, B. i., Joseph, S. i., Franz. Dem Bund Oberland gehören die früheren Insurgenten: Slesnol, Hauke und Kaluga an. Der Stahlhelmführer ist wegen Unterjochung im Gefängnis.

Von den genannten Mitgliedern des Reichsbanners ist kein Mitglied der kommunistischen Partei, keiner der genannten Reichsbannerleute hat sich als „Ehrenjahr“ der proletarischen Umherziehenden betätigt.

Unsre Feststellungen, die sich wie bereits bemerkt, mit denen der Polizei decken, lassen wieder einmal erkennen, mit welcher verwerflichen Methode der Kampf gegen das Reichsbanner geführt wird. Wir haben jedoch die Gewißheit, daß diese Methode des Kampfes dem Reichsbanner nur förderlich ist, weil sie die Loyalität darauf hinweist, wie faul es im Lager der Gegner aussieht.

## Kleines Feuilleton.

### Vollmusik.

Noch vor wenigen Jahren konnte man von je etwas nicht reden. Man konnte wohl Männergesangsvereine und Dilettantenorchester — wenn es doch kam, gemischte Chöre. Aber das war Nachahmung des bürgerlichen Musiktreibes, heillos keine volkstümliche Musikpflege. Alle Versuche, die mit Gesangsvereinen, mit dem „Kaiserliederbuch“ und ähnlichen gemacht worden waren zur Wiederbelebung des Volks-gesangs, waren von vornherein zum Scheitern verurteilt. Das 19. Jahrhundert hat seinen kapitalistischen Stempel wie den andern Jahrhunderten auch der Kunst aufgedrückt: solange man sich nicht von der Diktatur des Finanzkapitals losmachen konnte, solange noch Kunst an den Händen Konzerntreibenden gebunden war, konnte an ein wirklich volkstümliches Musikleben nicht gedacht werden. Kunst und Kunstpflege passen zum Volksleben ebensowenig wie der schulgerechte vierstimmige Satz der drei Stimmen zu pompösen Säulenhallen, zur Affektstimmung für die eine führende Stimme, in der Regel die oberste, verdammt. So sollten die Träger der Musikpflege, des zweiten Tenors und ersten Basses, die rechte Kapellereigenschaft, den ihnen Anteil am Liede, hernehmen?

Keinmal fand es mit der Instrumentalmusik. Es ist noch gar nicht lange her, da hörte ich im Frankfurter Jugendheim ein wohlgeordnetes Orchester, das einen mehr erheben als erfreuen konnte. Eine Anzahl Kapellmeister übernahm die Leitung einer Kapelle wiederzugeben, in der die wichtigsten Mittelstimmen, Hornet und Trompeten, fehlten. Die natürliche Folge war, daß die ganze Instrumentalmusik zerstückelt auseinanderfiel, daß die Instrumenten untereinander aufeinanderwirkten und allenfalls eine Karikatur des Orchesterklanges, wie ihn sich die Kapellmeister gedacht haben, aber keineswegs die eine harmonische und prägnante Wirkung ihrer Werke hervorzubringen. Ein langer und mit viel Heringsöl durchsetzter Nödel konnte sich auch nicht jähren. Das war keineswegs diejenige Zeit, aber nicht, was einen unendlich erheben und erheben konnte. Das alles erinnerte mich an die ungeliebte Gewohnheit englischer Arbeiterklassen, die abgelegenen Rieder und Öde vornehmlich Damen zu tragen und so gleichsam als falscher Anstoß der bürgerlichen Klasse heranzuziehen.

Das Volkstümliche muß sein eigenes Gewand tragen, auch in kultureller Hinsicht. Unser Fehlen und Denken, unsere ganze Lebenshaltung und Lebensauffassung unterscheiden sich von der Bourgeoisie. Eben daraus muß eine neue Musik

heit auch in allen geistigen Lebensäußerungen zum Ausdruck kommen. Das war der Grundgedanke eines Vortrags, den Professor Fritz Jode aus Berlin der Arbeiterjugend am Sonntag gehalten hat. Jode ist aus der Junglerenschaft hervorgegangen, die am unmittelbaren Gelegenheitscharakter der geistigen Werte der Arbeiterjugend zu erkennen. Das musikalische Reformprogramm, das er zu verwirklichen strebt, und das sich hauptsächlich mit seinem Namen verknüpft, ist gleichzeitig — ein Beweis für seine Dringlichkeit und Volksnähe — an verschiedenen Orten des Reiches in Angriff genommen worden: in Baden, in Würtemberg, Posen, Schlesien, Niedersachsen. Und bezeichnenderweise hat sich diese Bewegung früher in Landstädten geltend gemacht als in der Großstadt — offenbar, weil man an bäuerliche Gewohnheiten anknüpfen konnte. In Tübingen, in Marburg, in Bries haben sich „Singscharen“ und „Musikantengilden“ ausgelesen. Der Weg führt dann weiter zur „Volksmusikschule“, wie sie etwa in Hamburg besteht. Kirche und Schule sind die Herde der Bewegung, aber nicht etwa offiziell, sondern aus freiem Antrieb, der nicht erst auf behördliche Verordnungen wartet.

Volkslied und Kirchenlied sind die Wurzeln, aus denen der neue Musikstil aufwächst. Vom Konzerntreib und von der Oper hat das Volk längst nichts mehr zu erwarten. Die geben uns statt Brot nur Steine. Kalligraphie und Erschöpfung zeigt die offizielle, die kapitalistische Musikpflege. Ist das zu verändern, da die gesamte bürgerliche Kultur unserer Tage dieselben Merkmale trägt? Man würde nicht vor dem Kirchenlied zurückbleiben: es stammt aus der Zeit, da die Kirche es noch verstanden hat, die Kräfte des gesunden, unerschrockenen Volkstums zu sammeln und zu einer bewundernswürdigen starken und reinen Kunst zu gestalten. Es ist die Kunst aus der Zeit vor der Vorherrschaft des Orchesters, des eigenlichen Sinfonikums. Des Sinfonikums, der die Singscharen als gleichartig rezeptionsfähig und jede frei und angezogenen sich ergeben ließ, ohne daß deswegen die Harmonie des Gesanges, die seit dem 18. Jahrhundert durch Unterwerfung unter eine einzige Melodieform erlöst worden ist, gebrochen worden wäre: in dem gleichen Sinn etwa, wie in alten Stücken jedes Wort seine besondere Schönheit hat und doch die Gesamtwirkung nicht im mindesten beeinträchtigt.

Jode und seine Helfer haben, um Beispiele anzustellen, weltliche und geistliche Lieder des 16. und 17. Jahrhunderts, Madrigale und Motetten, bearbeitet. Jode ist aber gleichgültig selber ein Komponist, der den Volkston, etwa in Ländlichen Weisen, angeeignet hat. Und ein Komponist, der es nicht kann ein zweites besteht, seine Ideen in die Tat umzusetzen. Jode, er gibt sich mit Kompositionen nicht zufrieden. Er bez-

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold sowie der Bundesvorsitzende, Oberpräsident Göttinger haben gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“ in Berlin Privatklage wegen Verleumdung erhoben. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat mehrfach den Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als dem „Reichsbanner“ entgegen gesprochen. Darin liegt zweifellos eine schwere Verleumdung des Reichsbanners und seine Mitglieder.

## Auf der Flucht vor früheren Freunden

Im Berliner „Montag-Morgen“ ist zu lesen: „General Ludendorff, der sich zurzeit in Berlin aufhält, reist diesmal als sein eigener Quartiermacher. Schon seit längerer Zeit beabsichtigt der General, Bayern zu verlassen und sich wieder in Preußen anzusiedeln. Seit dem Mißlingen des Novemberputsches fühlt sich Ludendorff in Bayern nicht mehr heimisch. Die Quälereien, die ihm am Tage seines Freispruchs gebracht wurden, konnten ihn nicht darüber hinwegbringen, daß er in Bayern den Boden verloren hatte. Seit dem Konflikt mit Moltke und der dadurch veranlaßten Boykottierung wurde Ludendorff von bayrischen Offiziersverbänden ist ihm jede Möglichkeit zu einer so beschriebenen politischen Wirkung versperrt. Er gedenkt deshalb, wie die „Welt am Sonntag“ meldet, in nächster Zeit schon seine bisherige Wohnung in Ludwigshöhe bei München aufzugeben und nach Preußen zurückzukehren. Ob als Privatmann, wird die Zukunft lehren.“

Ludendorffs Stunde für das Privatleben ist noch nicht gekommen. Er wird weiter politisieren, bis die Niederlage in diesem bisherigen Krieg ebenso vernichtend für ihn wird, wie die im Weltkrieg.

## Sowjetrussische KonzeSSIONen.

Die deutschen Kommunisten machen es den Sozialdemokraten zum Vorwurf, daß sie nicht für blindes Drauflossozialisieren nach bolschewistischem Muster zu haben sind. Die allmähliche Entwicklung in Rußland gibt den Sozialdemokraten recht. Von einer sozialistischen Produktion war dort nie die Rede, und so gewaltsame sozialistische Experimente gemacht worden sind, geschah es zum Schaden der Produktion. So kam es denn, daß schließlich amtlich zugegeben wurde, daß stillgelegte Werke, statt sie wieder in Gang zu bringen, aus geschäftlichen Gründen, um den Nachbarbetrieb mit dem fehlenden Material ausspannen zu können, als bolschewistische Bankrotte.

Inzwischen schreitet der Ausverkauf Rußlands an ausländische Kapitalistengruppen fort. Vier Vertreter der Sowjetregierung befinden sich gegenwärtig in Brüssel. Es heißt, daß sie verschiedenen Industriegruppen die Übernahme von Unternehmen in Rußland gegen sofortige Wiederannahme der Verbindungen zwischen beiden Ländern sowie einen gewissen Prozentsatz am Reingewinn, bedeutende Arbeitsverpflichtungen in Rußland angeboten hätten. Wer möchte an der Wahrheit dieser Meldung zweifeln, wenn er von folgenden KonzeSSIONen noch einmal Kenntnis nimmt, die Sowjetrußland im Laufe der Jahre erteilte?

Sowjetrußland hat nach amtlichen russischen Angaben im Jahre 1921 fünf KonzeSSIONen erteilt. 1922 betrug die Zahl der Anfragen 322, auf die zunächst 18 KonzeSSIONen erteilt, dann acht wieder zurückgezogen wurden. 1923 gingen 384 KonzeSSIONsanträge ein, von denen 32 genehmigt wurden.

Ende 1923 betrug die Zahl der KonzeSSIONen 17, von denen erzielten: 13 auf Landwirtschaft und Holzindustrie, 13 auf den Handel, 5 auf die Textilindustrie, 8 auf die Schwerindustrie und 6 auf andre Branchen.

Den Ländern nach entfallen auf: Deutschland 12, England 8, Amerika 6, Holland 3, Norwegen 2, Frankreich 2, Schweden 2, Dänemark 2, russische Emigranten 2, internationale Arbeiterorganisationen 2, Tschechoslowakei 1, Dänemark 1, Estland 1 KonzeSSION.

Die Höhe des in diesen KonzeSSIONen investierten ausländischen Kapitals wird auf 75 Millionen Goldrubel geschätzt.

Das sind, wie schon das Beispiel von den ausgeschlachteten Betrieben beweist, wirtschaftlich notwendige Maßnahmen, die

langt die Hingabe des ganzen Menschen an seine Kunst, die ihm das jähre Band der Einigung bedeutet, viel jähre als alle Begriffe: „Freude“, sagt er, geht über die „Ueberzeugung“. Deswegen darf Gesang und Spiel kein bloßer Zeitvertreib sein, zu dem man aus Verlegenheit greift, sondern Heiligkeit, Sammlung, Gottesdienst. Wie er das verstanden wissen wollte, das zeigten die jugendlichen Sänger und Instrumentalisten, die ein par Volkslieder zum besten gaben. Das war nun freilich etwas anders als Liebertafel und Orchesterstimulation: das war Musik aus dem Herzen heraus. Man kann gar nicht dankbar genug sein dafür, daß wir aus der Sadgasse der bürgerlichen Musikimpulse endlich herausgefunden haben.

Wade gerechtfertigt. In dem Prozeß, den zwei Kunstwerke gegen Wilhelm v. Wade und gegen Adolf Donath als Herausgeber der Zeitschrift „Der Kunstwanderer“ angestrengt haben, weil sie sich durch den unter dem Titel „Die Einflut denker Kunstbücher“ im „Kunstwanderer“ erschienenen Aufsatz Wades verletzt fühlten, hat die 11. Zivilkammer des Landgerichts 2 in Berlin auf Abweisung der Klage entschieden. Die Kläger, der Starabaus-Verlag, Berlin, und der Verlag Rinkhardt und Biermann, Leipzig, wurden verurteilt, die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. In den Entscheidungsgründen des Gerichts wird ausgeführt, daß der Aufsatz Wades „nur kritikalisch unbedenklich zulässige Verurteilungen“ enthält und daß auch die Anspielung des Verfassers, der von den „neuen Verlagshandlungen“ spricht, die nach dem Kriege wie Flügel aus der Erde schossen und sich die schönsten antiken Namen — bis herab zum Riffäfer, freilich dem heiligen ägyptischen Starabaus — beizulegen verstanden, eine verletzende Anspielung oder formale Beleidigung nicht zu erkennen ist. Die Ueberzeugung des Gerichts mit minderwertigen Kunstbüchern ist in der Tat eine längst empfundene Plage.

Der Nobelpreis für Literatur. Die Schwedische Akademie hat dem polnischen Schriftsteller Wladislaw Reymond wegen seines Werkes „Die Bauern“ den diesjährigen Nobelpreis für Literatur verliehen.

Theaterzusammenbruch. Das Schlesische Landes-theater, das dem Bühnenvolksbund gehörte, hat in diesen Tagen seine Zahlungsunfähigkeit erklärt. Wie es heißt, sind auch Schauspielergagen in Höhe von 26000 Mark noch nicht bezahlt. — Das ist nach dem Verfall des Dramatischen Theaters in Berlin der zweite Zusammenbruch eines Bühnenvolksbundes-Theaters.

# Radiodienst der Volkstimme.

## Die Gemeindevahlen in Anhalt.

rh. Dessau, 17. November. Die Ergebnisse der Kreis- und Gemeindevahlen in Anhalt am Sonntag sind eine Unterbrechung des Wahlergebnisses vom Sonntag vorher. Die Wahlbeteiligung war nicht ganz so groß wie am 9. November. Es gingen statt 192 130 Wähler am Wahltag für den Landtag nur 179 409 am gestrigen Sonntag an die Urne. Trotzdem 12 700 Stimmen weniger abgegeben wurden, hat die Sozialdemokratie nur 1500 Stimmen weniger aufgebracht als am letzten Sonntag. In Verburg Stadt und Kreis konnte sie sogar ihre Stimmzahl noch um 400 steigern. Die Völkischen und Kommunisten erlitten noch weitere Verluste. Die Demokraten haben sich überall gut gehalten, bis auf Verburg Kreis und Stadt. Die Schuld daran trägt vor allen Dingen die sehr unübersichtliche Kandidatenliste.

Die Gesamtzahlen für Anhalt lauten:

	16. Nov.	9. Nov.
Sozialdemokraten	77 133	78 625
Demokraten	13 548	14 009
Kommunisten	9 956	11 232
Nationalsozialisten	5 608	7 958
Völkischer Reform (im Kreis Dessau)	1 004	3 210
Volksgemeinschaft	72 160	74 633

Die Kreiswahlen in Verburg fielen folgendermaßen aus:

	16. Nov.	9. Nov.
Sozialdemokraten	20 305	19 676
Kommunisten	4 384	5 206
Nationalsozialisten	3 040	3 242
Volksgemeinschaft	17 268	16 137
Demokraten	2 750	4 913

Bei der Gemeindevahl in Verburg sind folgende Resultate zu verzeichnen:

	16. Nov.	9. Nov.
Sozialdemokraten	7 228	6 968
Hausbesitzer	1 261	—
Nationalsozialisten	1 392	1 592
Kommunisten	1 337	1 620
Demokraten	810	1 797
Volksgemeinschaft	6 431	7 502

Die Resultate der Wahlen von Dessau sind die folgenden:

	16. Nov.	9. Nov.
Sozialdemokraten	17 540	18 190
Kommunisten	1 133	1 308
Nationalsozialisten	887	1 174
Mieterbund	807	642
Demokraten	3 848	3 862
Volksgemeinschaft	16 026	16 897

In Mandaten erhalten in Dessau die Sozialdemokraten 16, die Kommunisten und die Nationalsozialisten verlieren ihr einziges Mandat; ebenso muß sich die Volksgemeinschaft oder besser der Bürgerblock statt bisher 16 jetzt mit 15 Mandaten begnügen. Die Demokraten entsenden vier Vertreter ins Dessauer Stadtparlament. Das Ergebnis der Wahl in Dessau ist also auch wie bei der Landtagswahl so ausgefallen, daß die Sozialdemokraten allein mit den Demokraten eine Mehrheit bilden.

## Die schwarzweißen Kommunisten.

sp. Berlin, 17. November. Am Sonntag hielten die Deutschnationalen in Berlin-Südend eine öffentliche Wählerversammlung ab, in der ihr Referent und Reichstagskandidat Steinhoff die Auffassung der Deutschnationalen über die Kommunisten zum Ausdruck brachte. Er erklärte er, daß die Kommunisten die einzige Partei bilden, die es den Deutschnationalen recht macht. Ehrliche Vertreter einer Minderheit, die selbst den völkischen Gedanken vertritt, befinden sich unter ihnen. Steinhoff teilte ferner mit, daß er nach dem Parteibeschluß die völkische Reichspartei nicht angreifen dürfe.

## Ausschluß aus der Partei?

lg. Dresden, 17. November. Am Sonntag fand in Dresden ein Parteitag der völkischen Sozialdemokraten statt. Hauptgegenstand wurde über die nicht erfolgte Auflösung des Landtags verhandelt. In einer Entschließung wird jede Verantwortung für die Politik des Kabinetts selbst und die Haltung der Abgeordneten, die gegen die Auflösung des Landtags stimmten, abgelehnt.

Der zuständige Bezirksvorstand ist verpflichtet worden, die Landtagsabgeordneten des Bezirks Dresden, die gegen die Landtagsauflösung gestimmt haben, von ihrem Landtagsposten abzuberufen. Sollten sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, dann ist der Ausschluß aus der Partei beabsichtigt.

## Notizen.

**Senatsarbeit in Georgien.** In Georgien dauern die Hinrichtungen an. So wird berichtet, daß am 3. und 6. November in Kutais und in Poti laut Anordnung aus Dinsts 19 Gefangene, deren Untersuchungsakten bereits an die revolutionären Tribunale abgeschickt worden war, hingerichtet wurden.

**Verhandlungen über die Beamtenehälter.** Bei den Spitzenorganen an der Spitze der Beamten ist jetzt die amtliche Mitteilung eingegangen, daß das Reichsfinanzministerium am Donnerstag den 20. November die Verhandlungen mit den Vertretern der Beamteneverbände über die Verbesserung der unteren Beamten will. Gerichtswesen verlanget, daß auf eine Verbesserung der unteren Beamten um 10 Prozent gedacht sei. Es handelt sich hierbei lediglich um Kombinationen, die in Anrechnung an die durchschnittliche Aufbesserung der Eisenbahner um 9 Prozent entstanden sind.

**Die Gewerkschaften antworten.** Vom ADGB wird uns geschrieben: „Der Reichsverband der deutschen Industrie und die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände verdrängen einen gemeinsamen Anruf, in dem die Stellung zur Frage des Preisabbaues nehmern. Der Anruf klingt aus in die Ablehnung einer der Arbeiter bezügelnden Lohn- und Arbeitszeitregelung. Es wird unter Ablehnung internationaler Vereinbarungen die Festlegung der Vorkriegsarbeitszeit verlangt. Die Spitzenorganisationen der deutschen Arbeiterverbände werden in den nächsten Tagen zu diesem Anruf Stellung nehmen.“

**Lohnempfindiger bei der Reichspost.** Die Verhandlungen über die Erhöhung der Bezüge für die Lohnempfindiger der deutschen Reichspost sind am Sonnabend erneut ergebnislos abgebrochen worden. Die Zugeständnisse der Reichspostverwaltung waren so gering, daß sie von den Vertretern der Gewerkschaften als unzureichend abgelehnt wurden. Die Verhandlungen sollen am 21. November wieder aufgenommen werden, da erst bis dahin der Reichspostminister nach Berlin zurückkehrt.

**Völkische Randys vor Gericht.** Auf dem am 15. und 16. September 1928 veranstalteten „Deutschen Tag“ in dem schwäbischen Städtchen Neuburg an der Donau verübten die Völkischen eine große Zahl von Gewalttaten gegen die Bevölkerung. Sie drangen schwerk bewaffnet in Arbeiterhäuser ein, deren Be-

## Rückgang der Stimmen überall.

rg. Schwerin, 17. November. In der Stadt Schwerin fanden am Sonntag die Stadtverordnetenwahlen statt. Wie in Hamburg und Anhalt brachten auch sie einen glänzenden Vormarsch der Sozialdemokratie, deren Stimmen im Vergleich zum 4. Mai von 5352 auf 6628 gesteigert wurden.

Die Demokraten schlugen sich ebenfalls gut. Sie erhielten 2698 Stimmen, während ihnen die Wahl vom 4. Mai nur 1687 Stimmen brachte. Bezeichnend ist dagegen der gleichzeitige Rückgang der Rechte auf der ganzen Linie.

Auch in Schwerin-Stadt versuchten die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei ihre Besitzinteressen unter einer gemeinsamen, harmlos aussehenden Einheitsliste zu verbergen. Auch sie versuchten es mit einer Wortkonstruktion, in der „Volk“ vorkam, aber ohne Erfolg mit diesem Schwindel zu haben. Ihre Stimmen gehen von 11 547 auf 9739 zurück. Der Verlust beträgt also in wenigen Monaten mehr als 2000 Stimmen.

Katastrophal ist der Rückgang der Stimmenzahl für die Völkischen und die Kommunisten. Die Völkischen brachten ganze 1398 Stimmen auf, während sie am 4. Mai 4314 Wähler auf sich vereinigten. Die Stimmen der Kommunisten gingen von 1230 auf 689 zurück. Wie in Anhalt, Hamburg und anderen Bezirken, so in letzter Zeit Wahlen stattfanden, ergibt sich also auch in Schwerin ein Stimmenerückgang für die Kommunisten um 50 Prozent und die Völkischen verlieren sogar 75 Prozent ihrer Stimmen vom 4. Mai.

rg. Bremerhaven, 17. November. Am Sonntag fand in Bremerhaven die Bürgerversammlungen statt. Die Sozialdemokraten vereinigten auf ihrer Liste 14 022 Stimmen und bekamen 19 Mandate. Die Kommunisten 2983 Stimmen und vier Mandate. Die Demokraten bekamen drei Mandate bei 2113 Stimmen, und auf die bürgerliche Blockliste entfielen 1316 Stimmen und 20 Mandate. Im allgemeinen war die Wahlbeteiligung im Vergleich zur letzten Wahl in Bremerhaven geringer. Immerhin entspricht der Verlust von 1500 Stimmen den die Kommunisten erlitten und von 3300 Stimmen, über den die Bürgerblockler zu klagen haben, keineswegs nur der schwächeren Wahlbeteiligung. Es ist auch in Bremerhaven festzustellen, daß die Rechte und die Kommunisten sich auf dem Wege nach unten befinden.

## Russisch-deutsche Wirtschaftsverhandlungen.

ge. Riga, 17. November. Am Sonnabend sind die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Rußland im Außenministerium in Anwesenheit Litwincew und des deutschen Vorkonners sowie der deutschen Gesamtdelegation eröffnet worden. Die Eröffnungssitzung trug nur formellen Charakter und brachte einen Austausch schöner Reden.

## Republikanertag in Braunschweig.

hb. Braunschweig, 17. November. Der Van Braunschweig des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltete am Sonntag einen großen republikanischen Tag. Das Zentrum der Stadt zeigte eine große Zahl von Flaggenmasten mit Schwarzrotgold. Die staatlichen Gebäude hatten ebenfalls Schwarzrotgold aufgezogen.

Die Veranstaltung wurde am Sonnabend abend mit einem Fackelzug eröffnet, an dem sich mehr als 5000 Personen beteiligten.

Am Sonntag begann dann die eigentliche Feier. In den frühen Morgenstunden erfolgte durch verschiedene Kapellen der Wehr. Später wurde eine öffentliche Gauerammlung abgehalten, der um 11 Uhr eine große Kundgebung auf dem Schloßplatz folgte. In dichtem Reiben standen mehr als 7000 Reichsbannerleute auf dem Platz. Außer einem Mitglied des Bundesvorstandes begrüßte der braunschweigische Justizminister Grotewohl die Teilnehmer. Nach Abschluß der eindrucksvollen Kundgebung formierte sich der Festzug durch die Stadt. Trotz des kalten Wetters waren alle Straßen, die der Zug passierte, dicht besetzt. Gegenemonstrationen sind nirgends vorgekommen.

Veranstaltet wird gemeldet, daß in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag von Stahlfabrikanten und Angehörigen der Reichswehr Flaggenmasten entfernt und schwarzrotgoldene Fahnen heruntergeholt worden sind. Die Täter konnten aber schnell ermittelt werden.

Ihrem Verhalten schließt sich würdig an eine Protestaktion der Technischen Hochschule. Die Studenten haben u. a. beschloffen, beim braunschweigischen Ministerpräsidenten Protest gegen die Sitzung einer schwarzrotgoldenen Fahne auf dem Gebäude der Technischen Hochschule einzulegen. (Diese Freiheit ist nicht mehr zu überbieten. Der Staat läßt sich die Schule viel Geld kosten und muß sich zum Dank dafür von ihren Nutznießern noch andern lassen. Red.)

Sozialdemokrat den Völkischen zum Vorwurf macht. Auch nicht, daß die Völkischen am Tage, als ihnen glückliche Umstände die Macht in den Schoß warfen, trotz Warnungen im Lieberchwange der Gefühle die sozialistische Wirtschaft einzuführen versuchten. Es blieb beim Versuch; wo er hier und dort gelungen war, erfolgte bald der Abbau.

Es war ein tragischer völkischer Irrtum, daß man einem dazu unreifen Wirtschaftskörper den Sozialismus aufpropfen kann. Aber ein Verbrechen ist es, in diesem Irrtum zu beharren und jeden Warner und Mahner brutal niederzuschlagen, und seinen eignen Genossen im Ausland dauernd vorzulügen, daß der Sozialismus in Rußland marschiert.

## Die badischen Hungerrevolten vor Gericht.

Im großen Saale des Freiburger Landgerichts begann am Donnerstag vor dem süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik der Massenprozeß gegen 30 oberbadische Kommunisten. Die Anklage vertritt Oberreichsanwalt Dr. Obermayer. Die 30 Angeklagten, unter denen sich zwei Ausländer befinden, sind fast durchweg Arbeiter im Alter von 21 bis 56 Jahren. Vorbestraf ist etwa die Hälfte, jedoch meist ganz geringfügig. Nach Feststellung der Personalien der Angeklagten beantragt die Verteidigung, den Vorhängen wegen Befangenheit abzulehnen. Der Antrag wird abgelehnt. Die Anklage lautet auf Vorbereitung zum Hochverrat, die in den Vorgängen und Unruhen erblickt wird, die sich im September 1923 im badischen Wiesental abgepielt haben.

Die Vernehmung der Angeklagten begann mit dem Verhör des Hauptangeklagten Herbstler, Maschmütz und Stadtrat in Vörrach. Er schilderte eindringlich das Elend, aus dem im Herbst 1923 in der Zeit des völligen Zusammenbruchs der deutschen Währung die oberbadischen Hungerrevolten erwachsen sind. Der Grundzug aller seiner Ausführungen war die Betonung, daß die Kommunisten bis zum Augenblick seiner Verhaftung im Oktober 1923 nur auf verfassungsmäßigen Wege ihre Ziele zu erreichen gedacht haben. Gerade rechtgerichtete Bauernführer hätten damals die Aufforderung zum gewalttätigen Umsturz, wie sie von den Novemberverbrechern in München ausging, gepredigt.

Oberreichsanwalt Obermayer: „Aber ihr Parteifreund, Landtagsabgeordneter Vörrach, sagte doch schon einmal vor Ihrer Verhaftung in einer Rede: Unser revolutionäres Ziel kann nur durch einen bewaffneten Aufstand erreicht werden.“

Herbstler: „Ich kann mir nicht denken, daß Vörrach diesen Aufstand verzapft hat.“

Auf Veranlassung des Oberreichsanwalts gab Herbstler darauf eine Schilderung der Vorgänge vom 13. September 1923 im Wiesental und in der Stadt Vörrach: „Die ganze Bewegung ist mir zu verstehen, wenn man sich in die Verhältnisse jener Zeit hineinversetzt. Die Löhne der oberbadischen Textilindustrie, die ja auch schon vor dem Kriege in der Lohnhöhe nach unten hin zurecht waren, entsprachen damals einem Stundenlohn von 1 bis 2 Goldpfennigen.“

Im Verlauf des weiteren Verhörs bestritt Herbstler Entschieden, Waffen oder Munition getragen zu haben. Die Hundertschäfer, die gebildet worden, seien nicht militärischer Natur gewesen: „Wenn die Unternehmer nicht die in gemeinschaftlichen Verhandlungen getroffenen Abmachungen gebrochen hätten, wäre es zu keinem Ausschreitung gekommen. Als der Wortsbruch der Unternehmer bekannt wurde, entglitt den Führern die Leitung der Bewegung. Ich selbst habe immer zur Ruhe gemahnt und die Arbeitererschaft aufgefordert, sich durch die Polizei nicht provozieren zu lassen.“

Oberreichsanwalt: „Das ist gerade das Gegenteil von dem, was die Anklage behauptet.“ Am 1½ Uhr nachmittags wird die Sitzung unterbrochen.

In der Nachmittagsung, die um 4 Uhr beginnt, werden zunächst die Zeugen Erising und Wurdhard vernommen. Ihre kurzen Angaben enthalten nichts Belastendes für Herbstler.

Auch die Freitagsverhandlungen ergaben nichts wesentlich Belastendes für den Angeklagten Herbstler. Etwa 20 Zeugen, die während der nahezu fünf Stunden dauernden Sitzung vernommen wurden, rüdten von ihren früheren vor dem Untersuchungsrichter gemachten Aussagen ab und behaupteten teilweise gerade das Gegenteil.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beschließt der Staatsgerichtshof in Anbetracht der zahlreichen Widersprüche zwischen den Aussagen des Untersuchungsprotokolls und denen der Zeugen vor Gericht den mit der Untersuchung beauftragten Untersuchungsrichter vor dem Staatsgerichtshof den Zeugen gegenüberzustellen. Zusammenfassend kann nach Abschluß der Vernehmungen zum Fall Herbstler bereits so viel gesagt werden, daß die Anklage gegen Herbstler wegen verbreiteten Waffentragens und Aufreizung zu Gewalttätigkeiten kaum die nötigen Belastungszeugen gefunden hat.

Am Sonnabend behandelte der Oberbürgermeister von Vörrach, daß Herbstler zu ihm am ersten Tage der Unruhen gesagt habe: „Gott sei Dank, daß dieser Tag vorüber ist!“ Der Zeuge hatte dabei den Eindruck, daß D. froh war, daß der Tag ohne Blutergießen verlaufen war. Der Generaldirektor sei erst erklärt worden, als die Schutzpolizei in Vörrach eingerückt war.

Als nächster Zeuge gab der Vörracher Obermannmann eine Schilderung der Ausschreitungen, die in der Verhüllung zweier Fabrikanten, der Errichtung des Kreisgefängnisses und den Tätlichkeiten gegen Kriminalbeamte ihren Höhepunkt fanden. Von einer Beteiligung Herbstlers an diesen Ausschreitungen ist dem Zeugen nichts bekannt.

Der Zeuge Stadtrat Raier aus Vörrach hat als Vorsitzender des Gewerkschaftsartikels ebenfalls den Eindruck erhalten, daß die Arbeitererschaft allgemein als Zweck des Einrückens der Schutzpolizei den Gang der Bewegungsfreiheit der Unternehmer angesehen hat. Erst die Anwesenheit der Polizei habe die Unternehmer ermutigt, ihre Lohnabmachungen nicht einzuhalten. Der Zeuge bestätigt die Behauptung Herbstlers, daß die Aufforderung zum Generalstreik von der Betriebsraterversammlung ausgegangen war.

Zeugin Fehrenbach hatte bei einer früheren Vernehmung behauptet, Herbstler mit einem Gewehr gesehen zu haben. Jetzt erklärt sie, von den damals vernehmenden Beamten so in die Enge getrieben worden zu sein, daß sie in der Aufregung nicht mehr genau wußte, was sie sagte. Zwei weitere Zeugen entlasten den Angeklagten Herbstler. Darauf werden die Verhandlungen auf Montag vertagt.

## Wahlschwindel.

„Nichts ist so dumm, es findet doch sein Publikum!“ — so denken die deutschnationalen Redner im Wahlkampf, und daher haben sie in Rommern in den Wahlversammlungen die liebliche Geschichte erzählt, der französische Pazifist Professor Kasch habe für seine Fahrt zu der Potsdamer Versammlung vom preußischen Innenminister das Auto zur Verfügung gestellt bekommen.

Natürlich handelt es sich hier um einen Glatteischwindel. L. Professor Kasch ist in einem Abteil 3. Klasse nach Potsdam gefahren. — Diese Potsdamer Versammlung muß den Deutschnationalen schwer im Magen liegen. Ihre ganze Mut richtet sich natürlich gegen Seevering, der sich damals vor ihren gräßlichen Drohungen nicht fürchte und mit seiner Polizei in Potsdam für Ruhe und Ordnung sorgte.

# Geht die Wählerlisten ein!

wohner ihnen als Sozialdemokraten denunziert worden waren und sich handelten die Sozialisten auf das schwerste. Auch bei den öffentlichen Demonstrationen gab es mehrere Schwereverletzungen. Nunmehr hatten sich vor dem Schöffengericht in Neuburg zwölf dieser Vandalen zu verantworten, unter ihnen der Stadtkamman von Augsburg, Dr. Alois Franz. Gemäßliche Angeklagten jähden die Hauptschuld auf den mitangeklagten Kaufmann Sieglist aus Heilbronn, der vor einiger Zeit aus dem Gefängnis in Innsbruck, wo er wegen eines Betrugs eingesperrt war, ausbrach, aber gefaßt wurde. Die Verhandlung nahm 2 Tage in Anspruch. Das Urteil wird am 20. November verkündet.

## Depechen.

### Die Uebergabe der Regiebahnen.

Wb. Berlin, 17. November. Die Uebergabe der Regiebahnen an die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ist in der Nacht vom 15. zum 16. November in allen Bezirken reibungslos erfolgt. Auch im Bezirk Trier gelangte die Strecke Trier-Germersheim, die bisher von den französischen Besatzungstruppen als Nebungstrecke in Anspruch genommen wurde, zur Uebergabe. Es ist nunmehr möglich, nach allen Stationen der Deutschen Reichsbahn zu verpacken und Fahrkarten zu lösen. Die Bezahlung der Fahrkarten und Bahnfrachten erfolgt überall in deutscher Mark.

### 12 Grad Kälte.

Wb. Freiburg, 17. November. Infolge Nachdringens des nordwestlichen Hochdruckgebilds ist augenblicklich im Schwarzwald die Temperatur stark gesunken. Während der letzten Tage Nachttemperaturen von 3 bis höchstens 4 Grad unter Null gebracht hatten, wurden heute am Feldberg 12 Grad Kälte gemessen. In der Rheinebene ist die Temperatur ebenfalls stark gesunken.

### Der Flug nach Indien.

Wb. Rangoon, 17. November. Der Holland-Batavia-Flieger van der Hoop, der gestern hier landete, beabsichtigt, heute seinen Flug nach Bangkok fortzusetzen.

### Rußland sucht Verbindung mit der Schweiz.


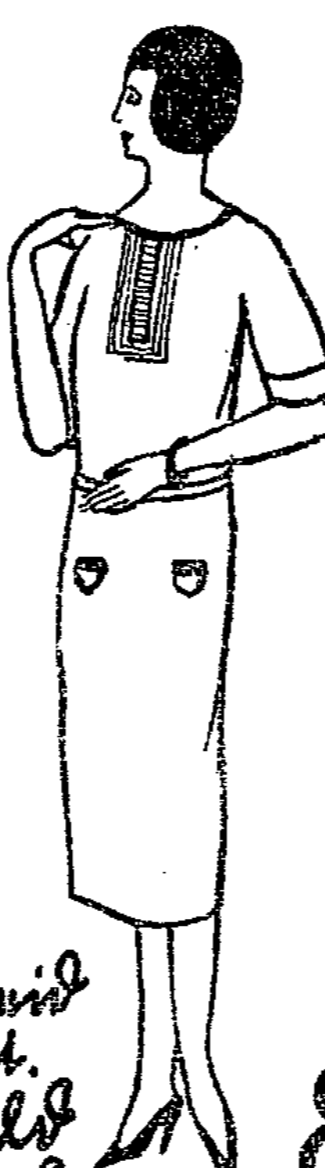
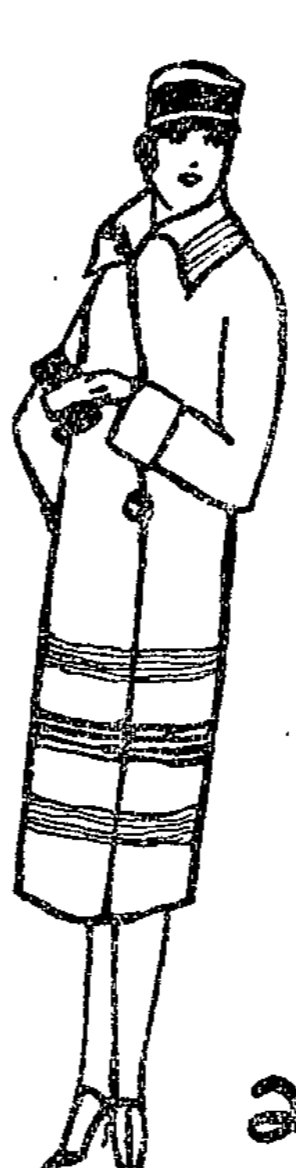
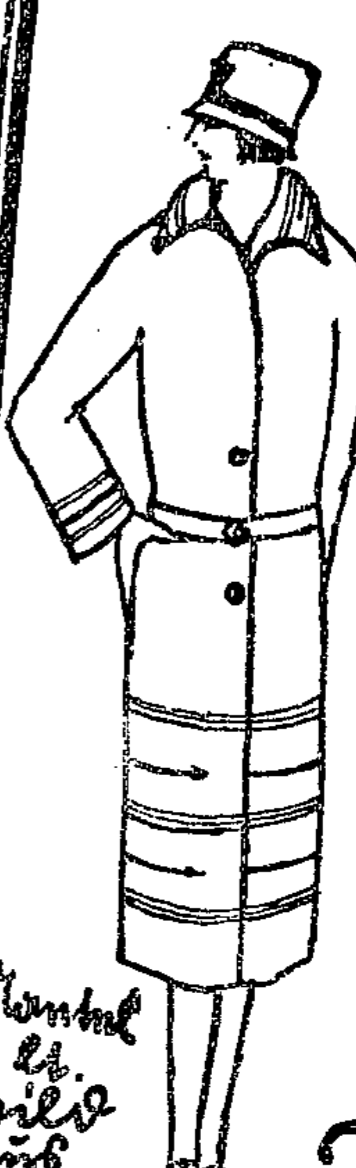
Wb. Zürich, 17. November. Die „Neue Züricher Zeitung“ schreibt, einzelne katholische Blätter sind in der Lage, von einer Anfrage zu berichten, welche die Sowjetregierung an den Bundesrat hat gelangen lassen, ob die Schweiz zur Wiederannahme von Verhandlungen mit Rußland bereit wäre. Als Vermittler der Russen habe der frühere Professor der Basler Universität L. Stein in Berlin gedient.

# Überall

sind die Qualitäten  
unseres Hauses  
anerkannt,

# diesmal

bringen  
wir:

 <p>kleid lt. Bild mit Kammern in 3 Farben verfügb.</p> <p>19,50</p>	 <p>kleid lt. Bild mit Kammern in 3 Farben verfügb.</p> <p>8,90</p>	 <p>Mantel lt. Bild mit Kammern in 3 Farben verfügb.</p> <p>32,-</p>	 <p>Mantel lt. Bild mit Kammern in 3 Farben verfügb.</p> <p>24,-</p>
--	---	--	--

# Lange & Müller

Breiteweg 51/52

**Bettmatten**  
Bettmatten jeder Größe  
mit 1 Jahre Garantie, von 6 Mark an

**Musik-**  
Instrumente jeder Größe  
mit 1 Jahre Garantie, von 6 Mark an

**Fahrräder**  
komplette  
mit 1 Jahre Garantie, von 6 Mark an

**Waschmaschinen, Bratmaschinen**  
Böhmer, Peterstr. 16.

**BENZIN**  
DEPOT  
DEUTSCH-AMERIKANISCHER  
PETROLEUM-GESELLSCHAFT

**DAPOLIN**  
ab unseren Depots.

wirtschaftlichster  
Betriebsstoff für  
alle Kraftfahrzeuge,  
Landwirtschaftsmotoren  
usw.

Sämtliche Sorten  
Benzin, Gasöl, Petrolit und Wasch- u. Putzöl  
ab unseren Lagern.

Fordern Sie Offerte von der  
DEUTSCH-AMERIKANISCHEN PETROLEUM-GESELLSCHAFT  
MAGDEBURG  
jetzt: Wilhelmshaus, Eingang Eilthoring, Hauptkontor  
Tel. 6320, 6521, 6322. Saalestr. 2, Eilthoring-Verladestelle, Tel. 1780.

Sind Sie  
schon Mitglied des

**Büchertreie**

**?**

Alle 14 Tage zahlen Sie  
50 Pfennig.  
Dafür erhalten Sie jährlich  
vier  
sehr gut ausgestattete Bücher  
(Neuerscheinungen)  
und jeden Monat eine Zeitschrift.

Alles Nähere  
Buchhandlung Volksstimme  
Magdeburg  
Große Münzstraße 3.

**Wie man Schuhe  
und  
Stiefel behandelt!**

Um das Leder dauerhaft zu erhalten  
und den Schuhen einen eleganten  
Hochglanz, der bei jedem Wetter an-  
hält, zu verleihen, trage man von  
der überall erhältlichen Schuhcreme  
**Pilo** nur ganz wenig auf und reibe  
alsdann mit einer weichen Bürste  
glänzend. **Pilo** ist sehr fett, nimmt  
kein Wasser an, ist sehr sparsam im  
Verbrauch und glänzt im Augenblick  
wunderbar.







### Die Hege geht weiter.

Der „Fall Hermann“ sollte für die Reaktion ein fetter Wahlschoppen werden. „Waffenschibungen!“, „Sozialistische Mißwirtschaft!“, „Unterdrückungen eines Ministers im Amt!“ So ungefähr hätten die Titel der Leitartikel in der reaktionären Presse gelautet, wenn die Anklage gegen Hermann nicht so jämmerlich zusammengebrochen wäre. Da sich nun aus diesem Falle nichts machen läßt, beschränkt sich die „Ordnungsblat“-Presse auf die trodene Wiedergabe des Urteils gegen Hermann.

Aber in den Wählerversammlungen geht die verkehrte Hege weiter. Da erzählen deutschnationale und völkische Redner mit geheuchelter Entrüstung von dem sozialdemokratischen Minister in Thüringen, den der Staatsanwalt bei den Ohren nehmen mußte. Es ist daher notwendig, auf den Fall noch einmal näher einzugehen. Unter Renner Parteiflat, „Das Volk“, schreibt dazu unter anderem:

Das Ziel war, den Nachweis zu liefern, daß der sozialistische Innenminister Gelder des Staates unterschlagen und veruntreut habe, um mit diesen Geldern heimlich Waffen zu beschaffen, die zur Bewaffnung der kommunistischen proletarischen Hunderttausenden in Thüringen und durch eine Waffenschibung auch in Sachsen dienen sollten.

Was ist das Ergebnis aller dieser Anstrengungen? Oberstaatsanwalt Frieders muß selbst die Anklage wegen der unrechtmäßigen Waffenankäufe zur Bewaffnung proletarischer Hunderttausender fallen lassen. Der Vorsitzende des Gerichts, Landgerichtsdirektor Hohel, erklärt bei der Begründung des Urteils gegen Hermann im Falle Kopf:

daß keine Rede davon sein könne,

daß Waffen beschafft wurden zur Bewaffnung proletarischer Hunderttausender, daß es verriät wäre anzunehmen, daß der Minister die Absicht gehabt habe, illegale Verbände zu bewaffnen.

Selbst wenn er die Absicht gehabt hätte, die aufgestellte Hilfspolizei nur aus seinen Parteigenossen, den Sozialisten, zu bilden — sie bestand bekanntlich tatsächlich aus Republikanern jeder Richtung — hat er dabei nur die Absicht gehabt, die Republik und ihre Verfassung gegen den von Bayern drohenden Unsturz zu schützen.

Was ist nach diesen klaren Feststellungen des Gerichts das Ergebnis des Prozesses?

Eine unfehlliche Bloßstellung der Treiber

in diesem Prozeß, die einen sozialistischen Minister und damit die sozialistische Arbeiterbewegung moralisch vernichten wollten und nun selbst moralisch am Pranger stehen.

Die Waffenschibungsklage, die das Kernstück dieses rein politischen Prozesses bildete, ist jetzt so zusammengebrochen, ihre Urheber sind als politische Heher ersten Grades entlarvt. Die Ordnungsregierung mag ihren treuen Gehilfen, der die Scheite zu dem Scheiterhaufen für den Mann, der ihn selbst ins Amt genommen hatte, zusammenzutragen, den Oberregierungsrat Nitsch, für diese seine Leistung angemessen belohnen.

Was übrigbleibt ist, wie der Verteidiger Blüth richtig sagte, angesichts der politischen Bedeutung des Prozesses eine lächerliche Rappalie. Minister Hermann hat aus Motiven, die er in seinem Kladderadatsch darlegte und deren vornehmstes ist, daß der Regierungsrat Kopf, um den es sich handelt, sich mit seiner Familie bei seinem Ausscheiden aus dem thüringischen Staatsdienst in Not befand, diesem Beamten noch drei Monate über den ihm gewährten Urlaub hinaus das

Gehalt und Beihilfen zum Nutzen angewiesen hat.

Als Regierungsrat Kopf aus der Polizei ausschied, wies der Minister die an ihn noch erfolgenden drei Zahlungen von Monatsgehältern und von Beihilfen zum Nutzen aus diesem Konto an. Es handelt sich dabei, in Goldmark umgerechnet, um folgende Beträge:

1923 April	75,62 Mark
Mai/Juni	42,98 „
Umzugsbeiträge	25,20 „
<b>En. 143,20 Mark</b>	

Die Anordnung zur Zahlung dieses Betrages an Kopf wird dem Minister zum Vorwurf der Untreue zum Nachteil des Staates gemacht. Wegen dieser angeblichen Verachtlichung des thüringischen Staates um 143,20 Mark wurde dieser mehrjährige Prozeß mit dem Aufgebot eines Massenapparates von Zeugen, teilweise von weit auswärts, und von Ermittlungsverhandlungen mit vielen und lösspieligen Reisen des Oberregierungsrats Nitsch durchgeführt, der dem thüringischen Staat, der nach der Freisprechung Kopfes und dem Zellenlassen der Anklage gegen Hermann wegen der Waffenankäufe den Hauptteil der Kosten tragen muß, mit verlorenen Ausgaben in Höhe von Tausenden Mark belästet. Wegen dieser angeblichen Verachtlichung des thüringischen Staates um 143,20 Mark mußte Hermann eine Verurteilung zu 1000 Mark Geldstrafe hinnehmen, derselbe Mann, der nachweisen konnte, daß er durch seine Waffenankäufe dem thüringischen Staat, ohne daß dieser einen Pfennig auszubringen hatte — denn die Mittel stammten von privater Seite — mit einer Ausgabe von 5727,35 Mark einen heute noch vorhandenen

Wert von 393 340 Mark beschafft hat.

Dieses Urteil ist materiell und formell unhaltbar; es erscheint dem klaren Rechtsempfinden angesichts der Tatsachen als grotesk.

Zum Schluß sagt unser Renner Parteiflat mit Recht: Moralisch vernichtet durch den Ausgang dieses Prozesses ist nicht der sozialistische Minister, die sozialistische Regierung oder die sozialistische Arbeiterbewegung, sondern die antirepublikanische Kamarrilla, die den Unsturz zu diesem Prozeß gab, als dunkle Triebkraft auf seine Durchführung einwirkte und mit der verzweifelten Vernichtung der Sozialdemokratie letzten Endes die verkappte Republik vernichten wollte.

Diese antirepublikanische Kamarrilla jetzt ihr Treiben gegen die verhassten führenden Sozialdemokraten, wie schon erwähnt, im Dunkel ihrer Wahlversammlungen fort. Ehrliche, aufrechte Männer haben das Zügelgemebe zu zerreißen!

### Dreimal Halb und Halb.

Die Deutschnationalen wissen, was ihnen bei der bevorstehenden Reichstagswahl blüht. Sie versprechen dem Volk, es von den Fesseln des Versailles Diktats, vom Marxismus und von der Judenwirtschaft zu befreien. Statt dessen treiben die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten einen elenden Schacher um Ministerposten, stellen die Interessen der Junkerseite über das Wohl ihrer Wähler. Was sie ihren Wählern versprochen, enthielten sich als heuchlerische Schraje. Nun kommt die Abrechnung, und um sie etwas gnädiger zu gestalten, wird mit Hochdruck neuer Schraffennebel verbreitet. Versammlung reißt sich an Versammlung, in Magdeburg allein in drei aufeinanderfolgenden Wochenlagen drei deutschnationale öffentliche Wählerversammlungen. Das zeigt von Schuldunwissenheit und schlotternder Angst.

Am Freitag konnte man für 80 Pfennig eine Entschuldigungsrede des deutschnationalen Landtagsabgeordneten Schulze (Stapen) hören. Für eine

Vorkellung des Zappelmannschens Herz

am Sonnabend im kleinen Stadtmusiksaal mußten 50 Pfennig angelegt werden. Immer nach Rang und Leistung! Der sollte der hohe Eintrittspreis bei dieser famosen „Volkspartei“ eine Sperre bilden für die Lumpen, die da gar nichts haben und sich

### Ein unsicherer Kantontist.



„Denken Sie nur, Frau Neureich, mein Mann ist Linkser; er ist mit der linken Hand, er schreibt links —“  
„Am Gotteswillen, da wird er doch nicht am Ende auch links wählen!“

lieber begraben lassen sollten? Das heißt, nach dem 7. Dezember, nachdem sie vorher ihren deutschnationalen Totengräbern die Stimme gegeben haben.

Immerhin muß man sagen, daß die körperlichen und geistigen Schlangengänge dieses abgejagten deutschnationalen Führers die halbe Mark wert waren. Was er sagte, war in weiser Voraussicht von unserm Zeichner auf den Bildern in unserer Sonntagsnummer dargestellt worden. Es läßt sich in die Worte fassen:

Er stummt und schwächt und schwächt und stummt  
Worte mit langen Ohren.  
Ein schwächeres Weib, das ihn reden gehört,  
Hat einen Esel geboren.

Und Herzgs Worte gingen auch hinein in lange Ohren und kreiften dann hinter engen Stirnen. Das bewies das J.-M.-J.-M.-Beifallsgewicht bei Ausfällen des Zappelmannschens gegen den Reichspräsidenten Ebert und gegen den Vöerpräsidenten Göring. Jeder dieser beiden Sozialdemokraten, die in schwerster Zeit zum Wohle der Allgemeinheit die Bürde ihres verantwortungsvollen Amtes schleppten, wiegt stütlich mehr, als der gesamte in Stadtmusiksaal versammelte pelzverbrämte Interessentenklügel. Es hieß sie beleidigen, wollte man sie gegen Anwürfe von solcher Seite rechtsfertigen.

Herzgs Rede war albern und inhaltlos.

Was die Mittwelt als deutschnationalen Schacher angesehen habe (mit dem Höhepunkt der gespaltenen Jungen und Fraktion) sei kein Schacher aus Egoismus gewesen, sondern ein Konflikt der idealsten Motive. Bis zum 7. Dezember ist alles wieder ausgeglichen. Schade, daß bei allem loyalen Verhalten der Volksparteiler keine einheitliche schwarzweißrote Wahl möglich ist. Das wäre ein Sieg der Rechten über die jüdischen Demokraten und Marxisten.

Dann bewies der deutschnationale Sophist, daß der Umfall seiner Partei in der Stellung zum „zweiten Versailles“ kein Umfall sei. Dadurch nämlich, daß das Dawes-Gutachten eine unänderliche Tatsache geworden war, und die Deutschnationalen doch eine Revision verlangt hätten.

Im diese Schaumschlägerei zu verdunkeln, kamen schnell die Angriffe auf Ebert und Göring. Sie klangen aus in einer Parole gegen das Severing-System.

Ein Zeichen dafür, daß sich dieses Entem gegen das deutschnationale politische Strauchritertum bedröhrt hat und am 7. Dezember siegen muß.

Eine Aussprache folgte nicht, wenn man abzieht von einigen Sähen einer Rednerin des Häuserbundes, die in dem Moment niedergebrellt wurde, als ihr das Wort Frieden entglüpfte.

Das war, wie auf den ausgelegten schwarzweißroten Flugblättern nachzulesen war, christlich, völkisch und national und zeigt die Gemeingefährlichkeit dieser Sorte Politiker an.

### Bei Schulze-Stapen.

Dieser Redner dritter Garnitur konnte seine Sorge um den Ausgang der Wahlen nicht so meisterhaft verbergen, wie Herzg am folgenden Tag. Er merkte wohl, daß nach dem deutschnationalen Schachergeischäft im verfallenen Reichstag die Heidenpoje nur lächerlich wirken würde und hielt sich darum in der jämmerlich schlecht besuchten öffentlichen Volksversammlung seiner Partei am Freitag bei Dresden nicht lange mit dieser Rechtsfertigung auf. Es war einer der krummen Wege, zu welchem politische Klugheit zwingt, und damit fertig. Deito länger hätte er aber über solche Parteienwirtschaft. Wie in England müßten die Mittelparteien verschwinden: Volkspartei und das halbe Zentrum würden die Deutschnationalen schlucken und die demokratisch verständig-

ten Reize dem Linksbloß überlassen. Die Volksparteiler protestieren also den deutschnationalen Bruder und sollen zum Dank dafür von ihm als überflüssig verschluckt werden.

Schulze (Stapen) weiß aber, daß der regierende Rechtsblat in Deutschland unheimlichen Unsturz machen würde, und er wünscht daher selbst, daß ein Linksbloß vorhanden ist, der die notwendigen Korrekturen macht. Schulze vergißt, daß zu englischen politischen Verhältnissen in Deutschland die englischen Konservativen fehlen, die politisch ungefähr auf einer Linie mit den deutschen Demokraten stehen. Es käme aber auf einen Versuch an, meinte er listig. Der Wähler solle am Wahltag denken: Na, laßt doch die Deutschnationalen mal ran, bielleicht...

Aber ein Wähler brachte den Deutschnationalen arg in Verlegenheit. Er wollte vorher wissen, ob die Deutschnationale Partei noch zu ihrem im vorigen Reichstag eingebrachten Antrag auf Abbau des Mieterschusses steht. Ein anderer wollte gern die Stellung der Deutschnationalen zur Aufwertungsfrage wissen.

Schulze wand sich in Qualen. Jetzt hieß es Farbe bekennen. Da kam ihm ein rettender Gedanke: Eggellens Herzg kommt ja morgen, der ist da besser im Bilde als ich als Landtagsabgeordneter, und wird schon Auskunft geben.

So ungefähr sagte Schulze und hat zum Schluß noch einmal recht unglücklich, doch einmal einen Versuch mit den Deutschnationalen zu machen. Es wären doch Leute vom Fach usw. Also, bitte, bitte.

Nun, Herzg hat ebenfalls um die klüglichen Fragen herumgeredet. Auffällig aber war, daß Herzg kein Wort vom „Volkstisch“ sagte. Nicht etwa, weil er auf diese blöde Hege verzichtet, aber er weiß, am Montag kommt der dritte Halb und Halb, ein ehemaliger hoher Militär, der diese Frage ausgiebig behandeln wird. Aber alles Lügen und Ausweichen wird die Deutschnationalen nicht vor der großen Abrechnung am 7. Dezember schützen.

### Aus der Provinz.

#### Kreis Zerichow 1.

Gübe. In einer Wählerversammlung sprach Genosse Heimelt jun. (Burg). In eingehender Weise schilderte er die Notwendigkeit der Neuwahl. Die Republik muß durch eine Mehrheit der republikanischen Parteien im neuen Reichstag eine kräftige Stütze erhalten. In treffender Weise rechnete der Redner mit den Deutschnationalen ab. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen.

Rehlig. Ueber die Wahlen sprach Genosse Heimelt jun. (Burg) in einer gut besuchten Versammlung. Redner wandte sich gegen die verderbliche Politik der Deutschnationalen. Die Politik der Sozialdemokratie hat sich als die richtige erwiesen. In Deutschland muß, wie in Frankreich, eine Linkregierung gewählt werden. Die Schutzpolitik, die von den Agrariern verlangt wird, ist nur dazu angetan, die deutsche Arbeiterklasse und die kleinen Bauern zu belasten, um den Großagariern die Taschen zu füllen. Die Lasten werden nur dann eine gerechte Verteilung erfahren, wenn die Sozialdemokratie gestärkt in den Reichstag zieht. Jeder Arbeiter und Kleinbauer muß daher am 7. Dezember seine Stimme der Sozialdemokratie geben.

#### Kreis Wolmirstedt.

Ghendorf. In der ersten Wählerversammlung sprach Genosse Wittmann a. d. Deutschnationale, Volksparteiler, Völkische und Kommunisten müssen in diesem Wahlkampf geschlagen werden. Wer verzähnen will, daß die Lasten auf die Schultern der Arbeiter Angelegten, der kleinen Landwirte, Beamten, Handwerker und Gewerbetreibenden gelegt werden, der gebe seine Stimme der Sozialdemokratie. Bei dieser Wahl geht es um den Bestand der Republik. Deshalb müssen die Säumnigen zur Wahl für die Sozialdemokratische Partei herangezogen werden.

Meikendorf. Die Volkversammlung war sehr gut besucht. Genosse Wittmann a. d. hielt einen interessanten Vortrag, welchem die Versammelten mit größter Aufmerksamkeit folgten. Die Gefahren des Bürgerblocks für die Arbeiterklasse wurden den Wählern vor Augen geführt. Unter keinen Umständen dürfen die Bürgerblockparteien am 7. Dezember siegen, sonst werden die Lasten aus dem Sachverständigen-Gutachten den Lohn- und Gehaltsempfängern aufgebürdet. Anschaulich führte der Redner den anwesenden Kommunisten das arbeiterschädigende Verhalten der kommunistischen Abgeordneten in den Parlamenten vor Augen. Genosse Wittmann a. d. sagte: wenn die kommunistischen Arbeiter müßten, wie sie von ihren Führern, besonders von der „Tribüne“, belogen werden, dann hätten sie diesen Mostauer Diktatoren längst die Gefolgschaft versagt. Am 7. Dezember werden die Wählermassen den Kommunisten wie auch dem schwarzweißroten reaktionären Nischmatsch die Leutung für ihr volksgefährdendes Verhalten ausstellen und sozialdemokratisch wählen. Durch starken Beifall gab die Versammlung ihr Einverständnis mit dem Referenten kund. Kurz vor der Wahl wird die Genossin Frutig noch eine Versammlung abhalten.

Wellen. Zu einer Arbeiter-Wahlversammlung war anzuzuzen worden mit der Unterchrift „Der Versammlungsleiter“. Der „Stahlhelm“ hatte nicht den Mut seinen Namen zu nennen. Die sozialdemokratischen Arbeiter waren auf der Hut und erschienen in Massen. Das muß den Stahlhelmlenten recht unangenehm gewesen sein, denn plötzlich hieß es, die Versammlung ist vor 5 Minuten abgejagt worden. Der Stahlhelm wollte nicht wieder solche Schlappe erleben wie im letzten Wahlkampf. Deshalb hieß man die Versammlung schnell ausfallen. Das ist der echte Stahlhelmegeist. Arbeiter, laßt nicht mit euch spielen, seid auf dem Posten und wählt am 7. Dezember sozialdemokratisch.

#### Kreise Stendal und Osterburg.

##### Öffentliche Wählerversammlungen.

In folgenden Orten muß eine Umstellung der Versammlungen geschehen:

Mittwoch den 19. November.

Osterburg: nachmittags 3 Uhr.  
Meiseburg, Königsmark: abends 7 Uhr in Meiseburg.  
Redner: Reichstagsabgeordneter Wender (Berlin).

Sonnabend den 22. November.

Wahrburg (nicht Arneburg): abends 8 Uhr bei Herrn Redner Rektor Ringel (Groß-Otterleben).

Sonntag den 23. November.

Arneburg: nachmittags 3 Uhr. Redner: Rektor Ringel (Groß-Otterleben).  
Parteisekretariat Stendal.





Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 17. November 1924.

Erstellung von Stimmzettel (Wahlzettel).

Die städtische Pressestelle teilt mit:

Einen Stimmzettel (Wahlzettel) zur Reichstagswahl und zur preussischen Landtagswahl erhält auf Antrag:

- 1. ein Stimmberechtigter, der in eine Stimmliste eingetragen ist,
a) wenn er sich am Abstimmungstage während der Abstimmungszeit aus zwingenden Gründen außerhalb seines Stimmbezirks aufhält;
b) wenn er nach Ablauf der Einspruchsfrist seine Wohnung in einem anderen Stimmbezirk verlegt;
c) wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist und durch den Stimmzettel (Wahlzettel) die Möglichkeit erhält, einen für ihn günstiger gelegenen Abstimmungsraum aufzusuchen;
2. ein Stimmberechtigter, der nicht in eine Stimmliste eingetragen oder darin gestrichen ist,
a) wenn er nachweist, daß er ohne sein Verschulden die Einspruchsfrist veräußert hat;
b) wenn er wegen Ruhens des Stimmrechts nicht eingetragen oder gestrichen war, der Grund aber nach Ablauf der Einspruchsfrist weggefallen ist;
c) wenn er Auslandsdeutscher war und seinen Wohnort nach Ablauf der Einspruchsfrist in das Inland verlegt hat.

Zunächst für die Ausstellung des Stimmzettel (Wahlzettel) ist die Gemeindebehörde des Wohnorts, in den Fällen der Nr. 1 b die Gemeindebehörde des bisherigen Wohnorts. Den Grund zur Ausstellung eines Stimmzettel (Wahlzettel) hat der Antragsteller auf Erfordern glaubhaft zu machen. Ueber seine Berechtigung, den Antrag zu stellen und den Stimmzettel (Wahlzettel) in Empfang zu nehmen, muß er sich gehörig ausweisen.

Die Ausstellung der Stimmzettel (Wahlzettel) erfolgt für die Stadtteile Altstadt, Wilhelmstadt, Werder und Friedrichstadt im Wahlamt, Altes Rathaus, Zimmer 1, 14 und 15, für die übrigen Stadtteile in den Verwaltungsbüros dieser Stadtteile. Anträge auf Ausstellung von Stimmzetteln (Wahlzetteln) werden im Stadtbezirk Magdeburg nur bis zum 5. Dezember 1924 während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags, am letzten Tage von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, entgegengenommen.

Strefemanns Lehrling.

Die Inserate und Plakate, die zum Besuch der Versammlung der Deutschen Volkspartei am Sonntag vormittag aufgerufen, verkündeten großspurig und in fetten Lettern: Die Versammlung des Bürgertums! Bürger Magdeburgs, erscheint in Massen! Als Redner war der Spitzenkandidat Kulekampi angeündigt. Die Massen hatten aber aufsehend nur Delegierte geschickt. Bei der Eröffnung der Massenversammlung waren etwa 200 Personen versammelt. Vom Vorsitzenden wurde wieder die berühmte Brücke in Aussicht gestellt, die die Deutsche Volkspartei zwischen den Parteien von rechts und links zu errichten gedenkt. Von dieser Brücke war auch schon bei früheren Wahlen die Rede. Es fehlten aber die Parteien, die sich als Stützpunkte für diese völkervereinende Brücke hätten hergegeben. Nachdem noch vor dem allzu leichtfertigen Lesen der Zeitungen in der Festzeit gewarnt worden war (zum Beispiel 'Magdeburgische Zeitung'), konnte der alte Innenpolitiker Kulekampi beginnen. Es war sehr flug von ihm, gleich zu Anfang zu erklären, keine Wahlrede halten zu wollen; denn so meinte er: In der Politik ginge es wie in jedem Geschäft, nur Ehrlichkeit führe zu Erfolgen und zum Ziel. Wer bei einer Wahl einmal hineingelassen worden sei, der hüte sich vor dem zweiten Scheitern. Die Massen hielten sich vor der Partei Strefemann-Kulekampff, Beweis: der leere Versammlungsraum. Die deutsche Wirtschaft hätte drei große Feinde, die Reichsregierung, die Reichsbank und das Reichsgericht, verkörpert in den drei Ministern unseligen Andenkens: Wirth, Hermes und Robert Schmidt, die als Unglücksbraten für die deutsche Wirtschaft bezeichnet wurden. Kulekampi sprach dann des langen und breiten über die Währungsfragen und verteidigte die Politik seiner Partei in der Frage des Dawes-Guthachten. Bei großen Fragen, so meinte der Referent, müsse man lernen zu schweigen. Als großes Vorbild diente ihm hierfür wahrscheinlich Strefemann. Die Notwendigkeit von Handelsverträgen wurde anerkannt. Die Steuern müßten tragbar und vor allen Dingen durchsichtig sein. Der Redner versuchte sich auch ein wenig in Mittelstandsreiterei. Er meinte, die Magistratsbrudereien, die man in Magdeburg und Berlin habe — sie sind schon vor dem Krieg eingerichtet worden, in der Nachkriegszeit sind sie nur ausgebaut worden — bezeichnete er als schwere Schädigung des Mittelstandes. Was wird sein neuer Parteifreund Miller dazu sagen, der sich zum Beispiel am lebhaftesten für die Einrichtung eines städtischen Inflationsschatzbriefes in Magdeburg einsetzte? Und wie stellt sich die gesamte Rechtsfraktion im Magdeburger Stadtparlament dazu, die am Donnerstag vergangener Woche ihre eigene Umfrage in die Höhe hob, die als ein Stück Mittelstandsreiterei gedacht war. (Anfrage bezüglich der städtischen Gärtnereien.) Obwohl die Wohnungsmängel keine erfreulichen Einrichtungen seien, könne von einer Aufhebung der Zwangsrenten nicht eher geredet werden, bis genügend Wohnungen vorhanden seien.

Das Vorbild der Deutschen Volkspartei in der Politik sei immer noch Wisznard. Wenn dieser einfach, daß er über einen Berg nicht hinwegkam, dann ging dieser Staatsmann um den Berg herum. In der Volkspartei überseht heißt das: Dreharbeiten! Krampfhaft suchte der Redner nach 'Schlagern', um die trübselige Versammlung in Stimmung zu bringen. Er kam in der Art des berühmten Geistes auf Göring, auf das Reichsbanner und auf den Polizeipräsidenten Krüger zu sprechen. Er holte alle Schiffe, Kolonien und die Flaggenschwarzweitzel noch außerdem wieder zurück. Es müßte nichts. Wie es scheint, beherzigen die völkervereinlichen Wähler vom 4. Mai die Worte, mit denen Kulekampff seine Rede begann: 'Wer einmal bei einer Reichstagswahl hineingelegt worden ist, nimmt sich beim zweitenmal in acht.' Von der Volkspartei sind die Wähler gründlich hineingelegt worden. Also Vorsicht!

Der Magdeburger Arbeitsmarkt im Oktober.

Die städtische Pressestelle teilt mit: Obwohl durch die Beendigung des Bauarbeiterstreiks das Angebot offener Stellen im Baugewerbe und in den verwandten Berufen sehr groß war und obwohl der Bedarf der Landwirtschaft sich gegen den Vormonat noch steigerte, blieb die Gesamtlage des Arbeitsmarktes gegen den Monat September im Allgemeinen unverändert.

Die Zahl der von Männern und Frauen vorliegenden bzw. neu gestellten Vermittlungsanträge betrug im Vormonat 10 911 bzw. 8367 gegen 10 241 bzw. 8176 im Monat September. Die Zahl der Vermittlungen ist in der männlichen Abteilung von 8612 auf 4189, in der weiblichen von 1722 auf 1996 gestiegen. Am Schlusse des Monats lagen noch 4189 Arbeitsgesuche von Männern und 1996 von Frauen vor. Bei kleinen Notstandsarbeiten wurden in Magdeburg-Stadt von etwa 400 Erwerbslosen 47 593 Arbeitsstunden, in der Gemeinde Gr.-Ottersleben von 46 Erwerbslosen 3052 Arbeitsstunden geleistet. Bei Pflichtarbeiten wurden 51 Unterstützungsempfänger in 810 Arbeitsstunden beschäftigt. Im 31. Oktober waren 2164 männliche und

222 weibliche Unterstützungsempfänger vorhanden gegen 2198 bzw. 223 am Schlusse des Vormonats.

Mit Beendigung des Bauarbeiterstreiks setzte ein überaus starker Bedarf an Arbeitskräften ein, der nur zum Teil gedeckt werden konnte. Das bisher günstige Angebot offener Stellen für Maler und Tapezierer verschlechterte sich am Schlusse des Monats. In der Landwirtschaft wurden um Wendebefehr etwa 500 männliche und 600 weibliche Arbeitskräfte vermittelt. Infolge des günstigen Wetters konnten die Arbeiten so gefördert werden, daß Ende des Monats bereits Entlassungen vorgenommen wurden. Auch in den graphischen Berufen war die Konjunktur äußerst günstig, so daß erwerbslose Seher und Drucker nicht mehr vorhanden sind und sogar einige außerberuflich tätige Facharbeiter ihrem Beruf wieder zugeführt werden konnten. Eine besonders große Nachfrage bestand nach guten Zeichnern und Maschinenführern. Auch für Buchbinder hat sich die Lage gebessert. Im Bekleidungsgebiete hielt das gute Stellenangebot an. Die gemeldeten offenen Stellen konnten trotz wiederholten Inzerierens nicht voll besetzt werden. Weniger günstig war die Lage im Schuhmachergewerbe.

Crippien spricht am Sonntag ab nd 5 Uhr im Hofjäger

Seit Schließen der Gartenlokale hat die Vermittlung in den Nachmittagsstunden für Musiker und für Gastwirte erheblich nachgelassen. In der Metallindustrie hielt sich die Zahl der Arbeitsuchenden auf der Höhe des Vormonats, da die zahlreichen Entlassungen durch Wiedereinstellung Entlassener ungefähr ausgeglichen wurden. Für Metallarbeiter war die Lage seit Beendigung des Bauarbeiterstreiks verhältnismäßig günstig, jedoch dagegen infolge der ungünstigen Lage der Metallindustrie für Fabrikholzarbeiter.

Infolge Betriebsbeschränkungen in der Großindustrie, bei Banken und andern kaufmännischen Betrieben hat sich die Arbeitsmarktlage in den kaufmännischen Berufen weiter verschlechtert. Nachfrage bestand in der weiblichen Abteilung für jüngere Verkäufer aus der Kolonial-, Delikatess-, Textil-, Manufakturwaren- sowie aus der Tuch-, Glas- und Porzellanbranche und für jüngeres Kommerzialpersonal, in der weiblichen Abteilung für jüngeres Kontor- und gutes Verkaufspersonal aus der Textilbranche. Bei einem Zugang von 320 Stellenangeboten in der männlichen Abteilung konnten 144 Vermittlungen erzielt werden, während in der weiblichen Abteilung von 117 offenen Stellen 26 unbefestigt bleiben mußten. Auch in den technischen Berufen blieb die Lage weiter ungünstig. Die Gesamtzahl der Stellenangeboten erhöhte sich auf 214. Von 19 Stellen konnten 17 besetzt werden. Im dem Mangel an ausgebildeten Hauspersonal abzuhelfen, wurde beschlossen, Umschulungskurse für erwerbslose junge Mädchen einzurichten, die im Monat November eröffnet werden sollen. Von 263 offenen Stellen wurden 162 besetzt; 74 Aufträge wurden zurückgezogen.

Die Abteilung Erwerbsbeschränkterfürsorge konnte durch stetige Arbeitsbeschaffung 28 Arbeitsplätze frei machen. Im Vormonat wurden 54 Erwerbsbeschränkte gegen 39 im Vormonat in Dauerstellung gebracht. Außerdem

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Remsdorf. Heute Montag den 17. November, abnd. 8 Uhr. Frauen-Unterhaltungssaband im 'Rinke tr. Hof'. Bezirk Süd. Am Dienstag den 18. November, abnd. 8 Uhr. Frauenversammlung in der 'Behwerc'. Rückenn. D. G. W. (Betriebs-Vertrauensleute). Dienstag den 18. November, abnd. 8 Uhr. Sitzung der G. Holz Tischlerstraße 2. Punkt anwarts der Z. B. D. vorus u. n.

wurden 24 Personen — hauptsächlich ältere Kaufleute — in vorübergehende Beschäftigung vermittelt. Die Zahl der stellunglosen Erwerbsbeschränkten hielt sich trotz der günstigen Vermittlungsergebnisse auf der Höhe des Vormonats.

Im Verusamt hat sich die Zahl der vorstehenden Nachsuchenden gegen das Vorjahr in der männlichen Abteilung von 267 auf 348, in der weiblichen von 192 auf 292 Personen erhöht. Durch rege Werbetätigkeit gelang es, die Zahl der festgestellten Lehrstellen in der männlichen Abteilung von 35 auf 51, in der weiblichen von 22 auf 45 zu steigern. In der weiblichen Abteilung war besonders eine starke Zunahme des Besuchs von Schülerinnen höherer Lehranstalten und von auswärtigen jungen Mädchen zu verzeichnen. Das Interesse an hauswirtschaftlichen und Kochlehrstellen ist bei den jungen Mädchen, auch bei den Schülerinnen höherer Lehranstalten, ganz erheblich gewachsen. In der männlichen Abteilung lag ein großes Angebot von offenen Stellen für kaufmännische Lehrlinge vor, die ihre Lehre sofort antreten konnten. Trotz größter Bemühungen waren die für diese Berufe geeigneten Jugendlichen nicht in ausreichender Menge aufzutreiben. Die Nachfrage der Jugendlichen nach Lehrstellen in den Metall- und Holz verarbeitenden Berufen war drüchlich noch nicht zu befriedigen.

In der Abteilung Erwerbslosenfürsorge nahm der Verkehr gegen den Vormonat infolge zahlreicher Entlassungen in der Metallindustrie sehr stark zu. Die Zahl der gestellten Anträge blieb ganz erheblich und erreichte am 27. Oktober mit 214 ihren Höhepunkt. Die Zahl der Unterstützungsempfänger, welche bis Mitte Oktober auf 2665 stieg, sank von diesem Zeitpunkt ab langsam. Im Vormonat wurden 1760 Anträge von männlichen und 255 Anträge von weiblichen Personen gestellt gegen insgesamt 1479 im Vormonat. An Erwerbslosenunterstützung wurden rund 115 000 Mark, an Zuschlägen für Notstandsarbeiter rund 600 000 Mark und an Krankenlastenbeiträgen rund 10 000 Mark gezahlt.

Der Fürsorgeauschuß entschied über 147, der Verwaltungsausschuß über 108 Bescheidungen. Für das Unterstützungsausschuß wurden für 906 Personen Bescheinigungen ausgestellt, da die Bedürftigkeit zwar anerkannt wurde, die Antragsteller aber in die Erwerbslosenfürsorge nicht aufgenommen werden konnten, da sie nicht sämtliche vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllten.

In der Woche vom 4. bis 10. November hat sich, nach Mitteilungen des Arbeitsamtes, die Gesamtlage des Arbeitsmarktes nicht wesentlich geändert. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist von 6756 auf 6447, die der Arbeitslosen von 6223 auf 5934 gefallen. Die Zahl der Vermittlungen ist von 1103 auf 1206 gestiegen. Die Zahl der Unterstützungsempfänger ist von 2386 auf 2351 gesunken. Der Landwirtschaft konnten nur noch vereinzelte Präfte zugeführt werden. Der Bedarf an Arbeitskräften in der Metallindustrie ist wieder lebhafter geworden. In graphischen Gewerbe konnten die gemeldeten offenen Stellen nicht alle besetzt werden. In der Maschinenfabrik Budau wurden jedoch 24, bei Krupp 85 Arbeiter entlassen. An Erwerbslose wurde in der Berichtwoche rund 21 800 Mark Unterstützung und 1880 Mark an Notstandsarbeiterausgaben ausbezahlt.

Hungernde und traute Kinder.

Eine ausführliche Denkschrift, die dem Preussischen Landtage zugegangen ist, zeigt die furchtbaren Folgen der Entbehrungsperioden 1917 bis 1919 und 1922 bis 1923. Ohne die Schätzungen der Ärzte, die in Städten und Industriorten eine Unterernährung der Schulkinder von 40 bis 90 Prozent nach dem Stande des ersten Halbjahres 1923 annehmen, allzusehr zu betonen, verweist die Denkschrift auf Erhebungen des Reichsgesundheitsamtes, nach denen bei den Kindern der höheren Lehranstalten Körperlänge und Gewicht von 1921 bis 1923 durchgehend in den mittleren und höheren Altersklassen niedriger waren als vor dem Kriege, während sie bei den Volksschülern ungefähr den Werten vor dem Krieg angeglichen waren. Aber dieses verhältnismäßig günstige Resultat war entgegen der Vorkriegszeit nur durch die Schulspeisungen möglich, durch eine außerordentliche Unterstützung also, die die Nahrung des Hauses ersuhr.

Auch die günstige Sterblichkeitsstatistik ist mit Vorsicht zu lesen. Viele Krankheiten, namentlich die Tuberkulose, forderten im jugendlichen Alter verhältnismäßig wenige Opfer, unterwählten aber die Widerstandsfähigkeit des Körpers für spätere Altersjahre in gefährlicher Weise. Das zeigt sich z. B. schon im Alter von 15 bis 20 Jahren, wo im fünfjährigen Jahre 1921 gegen 1918 die Sterblichkeitsziffer eine Zunahme von über 13 v. H. aufweist. Eine Verminderung der Todesfälle bei Malaria, Scharlach, Diphtherie und Keuchhusten ist eingetreten, auch die Krankheiten der Atmungs- und Verdauungsorgane haben bis 1921 abgenommen, dagegen sind sie 1922 bis 1923 wieder gewachsen. Influenza und Lungentzündung haben gleichfalls 1923 zugenommen. Das Schlüsselmoment aber ist das erhebliche Wachstum der Tuberkulose. Schon 1921 war bei den Jugendlichen zwischen 15 und 20, also bei denen, die 1917 bis 1919 noch auf der Schulbank saßen, eine Zunahme gegen die Zeit vor dem Kriege zu bemerken — und das obwohl 1917 bis 1919 die Ziffern für die tödlich verlaufenen Fälle dieser Seuche so stark answollten, daß man unter allen Umständen für die Jahre darauf eine Abnahme hätte erwarten müssen.

Nach einer Zusammenstellung des preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt erkrankten 1913 von 1000 Schulkindern 8,3 an Tuberkulose, 1922 dagegen 30 und 1923 32,7. Nach den Untersuchungen der englischen Studienkommission starben im letzten Vierteljahr 1923 in London von 1000 Kindern 67, in München 117, in Berlin 124, in Mainz 148.

Das bedeutet auch eine verminderte Leistungsfähigkeit in der Schule. Die allgemeine Klage, daß die Kinder ebenso an Körperkraft wie an geistiger Aufnahmefähigkeit, Teilnahme am Unterricht, Aufmerksamkeit und Konzentrationskraft gelitten haben, sollten die Schulbehörden daher nicht damit beantworten, daß sie auf Wiederherstellung der Anforderungen drängen, die man vor dem Krieg an eine gut ernährte Jugend stellen konnte. Von etwa 38 000 untersuchten Schulkindern waren im Jahre 1923 nur 32 Prozent befriedigend, 45 Prozent mangelhaft und 23 Prozent sehr schlecht ernährt. In Elbing erhielten von 7600 Schulkindern 172 kein Essen bis zum Mittag, 277 kein erstes Frühstück, 155 kein warmes Abendbrot und 190 kein Abendessen; in Kiel stieg die Zahl der unterernährten Schüler von 17 Prozent im ersten Halbjahr 1923 im zweiten auf 30 Prozent; ja auch im ländlichen Kreis Wertheim zeigten 13jährige Knaben ein Mindergewicht gegen das normale bis zu 4,6 Kilogramm, gleichaltrige Mädchen bis zu 5,5. In Magdeburg sind 75 Prozent der Volksschüler unterernährt.

Dazu kommt dann der Wohnungs- und Bettmangel. Von 4500 Schulkindern in Köslin hatten nur etwa ein Drittel, von 4800 in Wittenberge nur die Hälfte ein eigenes Bett. In Tilsit bewohnten von 4164 Schulkindern 350 ein Zimmer, 261 zwei Zimmer mit Lungenerkrankten zusammen.

Als Vorbeuge- bzw. Hilfsmittel empfiehlt die Denkschrift Verschickung der Stadtkinder aufs Land — wir haben an Beispielen nachgewiesen, daß der Landaufenthalt leider nicht immer Erfolg bedeutet —, Unterbringung in Erholungsheimen und vermehrte Speisungen. Durch gasliche Aufnahme und Speisungen hat das Ausland manche Not bei unserer Jugend lindern helfen.

In diesem Zusammenhange muß auch auf die Einführung der schulärztlichen Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Kinder hingewiesen werden. Sie läßt noch viel zu wünschen übrig. Sicherlich wird, je mehr die Schulärzte hauptamtlich angestellt werden — und dies ist in größeren Städten im Zunehmen — sich das Vertrauen zwischen Schülern und Ärzten einstellen, das diesen ermöglicht, sich auch um die Dinge zu kümmern, die das Kind außerhalb der Schule umgeben.

Ein Bandiretor verhaftet.

Der Direktor der Magdeburger Bank, Seate ist auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Untersuchungshaft genommen worden. Die Verhaftung steht im Zusammenhang mit den von der Sozialdemokratischen Partei Magdeburger Bank gegen Seate von einem Vertreter der Opposition eingebrachten s. w. z. n. Vorwürfen. Die 'Volkstimme' hat dazu er berichtet. Es wurde behauptet, Seate habe Verschönerungen und Unterschläge von begangenen, wodurch schädliche Auswirkungen und falsche oder unrichtige Erklärungen abgegeben. Der Aufsichtsrat erklärte dazu, daß er von den Vorwürfen unterrichtet ist, daß er aber nach den von Seate in l. H. abgelegten Aufklärungen keine Veranlassung habe irgendwelche Schritte gegen ihn zu unternehmen. Seate ist aber inzwischen aus der Direktion ausgeschlossen. Mit der Verhaftung der Direktionsgeschäfte ist der Prozessurakt beauftragt worden. Vom Magdeburger Börsenverband ist dem Direktor Seate schon vor längerer Zeit das Verzeihen der Vorwürfe verbieten worden. Die Magdeburger Bank ist in den ersten Inflationsjahren ins Leben gerufen worden und hat in der darauf folgenden Zeit eine außerordentlich lebhaftige Gründertätigkeit erlebt.

Interessant ist, daß zum Aufsichtsrat dieser Bank der monatliche den jetzt verhafteten Direktor in Schutz nahm und sogar noch auf der Generalversammlung, wenige Tage vor der Verhaftung, hinter den ihm zugehörigen Direktor stellte der Führer unserer Wachsamkeit im Stadtparlament der Volkspartei Dr. Zehle, g. hat. Dr. Zehle ist Jurist und läßt keine Gelegenheiten vorbeistehen, sich über den pöblischen Treiband unter Zeit zu betragen.

Mußt in der Schule.

Ist das bei uns Deutschen noch nötig? Sind wir nicht das musikalischste Volk? Werden deutsche Musiker nicht in fremden Ländern weit mehr geachtet als fremdländische bei uns? Gewiß, das ist so, und doch fehlt unserm Volke die Mußt. Denn was es alles an wunderbaren Tonhöfungen gibt, das — kostet viel Geld, wenn man es hören will. Und mehrere Goldmark können weder Männlein noch Weiblein aus dem Volke für solche Genüsse ausgeben. Da bleibt noch viel zu tun für alle die 'Freunde des Volkes', die in den Wahlzettel ihr Herz für das Volk entdecken. Bescheiden wir uns. Solche Sache kommt nicht von oben, es muß von unten heraus wachsen. Und wie es etwas notwendig wird, das zeigte jedem, der daran teilgenommen hatte, die musikalische Feierstunde der weltlichen Schule Alte Neustadt (Schulleiter Jankmann). Das war kein Konzert im üblichen Sinne, wo mit dem höheren Eintrittspreise zwar die räumliche Nähe zur Mußt wünsch, die geistige









# Stadttheater

- Fernruf 103 -  
Dienstag den 18. November  
7. Anrechtsabend

## Rigoletto

Oper von G. Verdi.  
Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.

Mittwoch den 19. November  
(Bußtag)

## Theater-Konzert

Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

# Wilhelm-Theater

Dienstag den 18. November  
Vorstellung f. d. Volkshöhle (5. Abend)  
Die Sabin von Toledo  
Trauerspiel von Fr. Grillparzer.

Mittwoch den 19. November  
Sondervorstellung f. d. Gef. f. Th. u. St.  
Die Sabin von Toledo  
Trauerspiel von Fr. Grillparzer.

## Offene Vorstellung

Sonntag den 23. November  
Jugend  
Schauspiel von Max Halbe.  
Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Ende 10 1/2 Uhr.

# Prima Speisekartoffeln

(Zucker) sowie gesunde Futterkartoffeln  
beson. Mittwoch auf d. Güterbahn nach Witten-  
berger Straße zum billigsten Tagespreis zum  
Verkauf

Ruschke  
Kasseneröffnung 6 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Ende 10 1/2 Uhr.

# Deutsch-Verlmeister- verband Düsseldorf Zentrale Magdeburg.

Dienstag, 18. November, abends  
7 1/2 Uhr, im Heinen Sojägeraal

## Oeffentliche

# Werkmeister-Versammlung

„Die deutliche Wirtschaft und die  
soziale Lage der Werkmeister“.  
Referent: Kurt Heinig, Leiter der  
wirtschaftspolitischen Abteilung des  
Deutschen Werkmeister-Verbandes in  
Berlin.

# Karosserie-Klempner und Kastenmacher

zum sofortigen Eintritt gesucht. Bewerbungen  
sind an Herrn Direktor Bleshoff, „Rein-  
brand“-Karosserie-Werke A.-G., Deinen-  
horst, zu richten.

# ZENTRAL

Ab heute für kurze Zeit  
täglich 7 1/2 Uhr  
Auf vielseitigen Wunsch u. wegen  
des unübertroffenen Erfolges

# M'ADI

Operette in 3 Akten von Alfred Grünwald  
und Leo Stein. - Musik von Robert Stolz.

Erste Besetzung!  
Pracht-Ansichtung nach künst-  
lerischen Entwurfen!  
Der 3. Akt im Original-Schlag-  
wagen nach Entwurf der  
Eisenbahn-Werkstätten.

Erweitertes Kartenverbot  
an der Theaterkasse u. an den bekannten  
Verkaufsstellen.

# Ämtliche Bekanntmachungen

Die Polizei hat an dem oben genannten  
Ort am 18. November 1924, nach dem  
Tode des verstorbenen Herrn  
Karl Hoffmann, die Besorgung der  
Bestattung zu übernehmen.  
Die Bestattung findet am  
Donnerstag den 20. November,  
nachmittags 2 Uhr, in der  
Friedhofshalle des  
Friedhofes statt.

# KOCHS

Seilzählungen  
beim Rasen rascher und besser  
**Adler-Mähmaschinen.**  
Spezialmaschinen aller Systeme preisw.  
**Lang & Hennigsdorf,**  
Regierungstraße Nr. 22.  
Kasseler Haupt- und Nebenamt!

# Echt Panagiotis Wranmikos Zigaretten

Die Marken der Kennner:



- Mekkahblume..... 4 Pf.
- Sadana..... 5 "
- Edle von Hamburg 6 "
- Sonnenwende..... 8 "
- Mahatma..... 10 "

aromatisch und mild.

# Mütter

geben jetzt ihren Kindern  
Lebetränke-Ernstung mit  
Eigelb Lecithin Marke „Ovophol“  
Hof-Apotheke, Breilweg 158  
am Wühlhagen, Magdeburg  
Versand nach auswärts.

# Zum Hauschlachten

offiziere sämtliche Sorten prima  
streng sortierter  
**Därme** 1926  
Gewürze u. la. Schweinelebern  
zu billigsten Tagespreisen.  
**Max Heynemann**  
Darmgroßhandlung  
Tel. 5528 Seydewitzstraße 8. Tel. 5528.

# Rum

Jamaica-Rum-Berühmt  
Können Sie sich an vor-  
teilhaftesten selbst  
her nach folgenden  
**Rezept:**  
1/2 Liter Weingeist (Spiritus Vini 96%)  
2/3 Liter Wasser gut vermischen mit  
1 Gl. Reichel's Jamaica-Rum-Berühmt-  
Eigene Marke „Fünftier“.  
**Prüfen Sie**  
das ausgeprägte echte Rum-  
Aroma, welches besonders  
bei der See- und Grobherstellung in voller Stärke  
und edler Duftfülle hervortritt. Auch lassen sich  
mit den Echten Reichel-Reserven ganz Vorkör-  
per für halben Preis herstellen. Gehältnis in  
Drogenen und Apotheken, es ist nur mit  
Marke „Fünftier“. Dr. Reichel's Rezept-  
buchen dabei unvollständig oder unrichtig durch  
Otto Reichel, Berlin S. 30, Hencenstraße 4.

# Homöop. Kranken- Behandlung

L. Altmann, Große Ringstraße 4, 1 Z.  
Gegen alle Krankheiten. 1928  
Eröffnet 9-11, 3-6 Uhr. Sonntags 11-1 Uhr.

# Sekt und 1000 Worte Französisch

in Vorbereitung.  
Jede Bestellung 20 Pf.  
in Kasseler Haupt- und Nebenamt  
Buchhandlung  
Volksstimme.

# Färberei Leis Nachf.

Gemische Reinigungsanstalt  
Große Diederichsstraße 86 - - - - - Telefon 1105  
färbt und reinigt Herren- u. Damen-Garderobe  
**schnell, preiswert und gut**  
Eigene Färb- u. -Dücker-Str. 13, Elma Köhler Str.,  
Sakobstraße 39, Sandbühlstraße 2, Gr. Diederichs-Str. 229,  
Hohelortstraße 12, Schönebeck-Str. 26, Halber-  
städter Str. 111, Eing. Rottensack-Str., Dreierweg 271

# Deutsche Demokratische Partei



Mittwoch (Bußtag), 19. November, abends 7 1/2 Uhr,  
in der „Freundschaft“

# Helden-Gedenkfeier

Mitwirkende: Frau Gertrud Zurek u. Kurt Dippner  
Gedekrede: Pastor Lütke (Dobberkau)  
Programme zu Max 1.20 bei Heinrichshofen  
und an der Abendkasse 2901

# Druckantenne

Satz- u. Schankwirtschaften zu Magdeburg.  
Bekanntmachung.  
Die Wahl für die Verordneten findet statt  
am Donnerstag den 20. November 1924 von  
9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags in  
der „Reichshalle“.  
Für die Antragsgeber erübrigt sich die Wahl-  
bezugsliste, da nur ein Wahlvorschlag einge-  
gangen ist. Die auf dem Wahlvorschlag ge-  
nannten Vertreter gelten als gewählt.  
Der Vorstand.  
S. v. R. e. l. e. n., Vorsitzender.

# SIL

Das prächtvollste Schneeweiß  
mit jeder Wäsche, die mit Sil behandelt ist.  
**SIL** Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel  
das auch zur Seilwäsche gebraucht werden kann.  
- GIBBE CHLOR -

# Denken Sie an Alfred Beckmann

mich, wenn Sie wieder  
Bohnenkaffee kaufen müssen.  
Jede Kugel Hausfrau - kennt  
das Geheimnis  
des Dorfla-Bohnenkaffees  
unverleibt sind!

Auf dem Königshof oder Breilweg 35, gegenüber Ulrichstraße

Am 21. November  
921, von 10 Uhr vor-  
mittags ab, findet in  
unserm Fundbüro  
hier, Offiziers- und Haupt-  
bahnhofs, öffentliche  
Versteigerung von  
Grundstücken statt.  
Reichsbahn-Direktion  
Magdeburg.

la. Weinbr.-Versch.  
38-40%. Die besten  
guten „Dreifach-  
Markte“, 1/2 Liter, 2.30 Mark  
2.30 Mark

Magdeburger Nat-  
haus-Desillier  
Naturaus-Kolonnen

Grau gesucht: 1. Wirt-  
schaften, 40 J.  
alt, 1. Albert Heilige,  
Arbeiter, Langentweg-  
bagen, Alter Hof.

Malaga gold 2  
Vino Vermouth 1/2 Gl. 2.4  
Martin u. Roffi Turin  
Insel Sams 1/2 Gl. 2.4  
Franz. Rotwein 1/2 Gl. 1.4  
Johannisbeer, Heidelbeer-  
Wein 60% o. Gl. erst Et  
n. Brantwe aquelle  
Kutscherstr. 17.

Einfache u. elegante  
Damen-  
Garderobe

hilft u. schnellstens bei  
**M. Rudloff**  
Halberstädter Str. 35

Warnung!  
Gallensteinkranke!

Ein Schwindel- u. v.  
treibt auf den Hüften  
unter meinem Namen  
abgesetzt worden! Zu-  
sammenhangslos ist  
feststellung meines R.  
menschenvertrauens  
Ich habe keine Ver-  
treter!  
Niemann, Magdeburg  
Wallstraße 16, Natur-  
beurteilung, E. Ber-  
u. d. Magentante 2201

# Standesamtliche Nachrichten

Magdeburg-Mühlstadt.  
Todesfälle. 15. 11. Pieschotte, unehel.  
Monat Wertheimer Gustav Friede, 46 J.  
Wwe. Paula Stawig geb. Averdt, 46 J. Einde-  
bedwig Doel geb. Jagire, 61 J. Einde-  
P. Professor Richard Nicol, 59 J. Wilhelmine  
Kütelmann, Ehefrau des Tischlermeisters  
Puhmann, 66 J.

Todesfälle. 17. November. Witwe  
Schulze geb. Schindler, 64 J. Edgar, 6.  
Maurers Paul Schillhale, Biederth, 1.  
Kunze, 2. des Arbeiters W. W. Wulstau, 5.  
Witwe Anna Vorstel geb. Detschläger, 60 J.

Magdeburg-Neustadt.  
Todesfälle. 14. 11. Edwin S. des Bau-  
Orto Goldmann, 52 J. Ehefrau des B. W.  
angestellten M. J. Borchers Anna geb. Wels-  
59 J. Totgeburt: Ein Mädchen.

Magdeburg-Zadenburg.  
Todesfälle. 14. 11. November. Bohrer  
Eulze Rünher geb. Schulz v. W. Welsch, 61 J.  
Arbeiterin Gertrud Frey, 19 J. Auguste  
Schrauber, Ehefrau des Handlungsvertrict  
Sene, 56 J.

Magdeburg-Buckau.  
Todesfälle. 12. November. Anna  
Schumann, Ehefrau des Privatm. Walter  
Hoffmann, 70 J. Arbeiter-Zwillinge Aug-  
lobmann, 88 J.

# Dankfagung.

Allen denen, die uns heute bei der Beer-  
digung unsern lieben am 11. d. M. so pflüchlich  
begangenen Adolf Krieger woblun-  
gewillt ihre Teilnahme bewiesen, danken  
berzlich, insbesondere auch Herrn Pastor, Do-  
zierer für die tröstlichen Worte.  
M. J. F. e. r. m. e. r. s. l. e. b. e. n., 15. November 1924  
Im Namen aller Hinterbliebenen  
**Karoline Krieger**  
geb. Meinhart.

# Dankfagung.

Am Sonnabend den 15. November,  
abends 7 1/2 Uhr, emschickte nach langem  
schwerem, mit großer Geduld ertragenem  
Leiden, den Tod als Erl. f. r. betrachten  
meine liebe Frau, meine gute Mutter, To-  
chter, Schwester, Schwägerin und Tante

# Else Geiffert geb. Keil

im 42. Lebensjahre.  
In tiefster Trauer  
**Karl Geiffert und Tochter,  
Emma Keil, Mutter,  
Anna Brüngeu geb. Keil, Schwester  
und Verwandte.**  
Stendal, Magdeburg, Krefeld i. Rh.

Die Beerdigung findet in Stendal  
am Donnerstag den 20. November, nach-  
mittags 2 Uhr, von der Friedhofshalle  
aus statt.

# Dankfagung.

Für die wohlthuende Teilnahme und die Kranz-  
spenden beim Heimgang unsern lieben Entschlafenen  
sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie  
den Mitbewohnern der Häuser Morgenstraße 7 u. 7d  
innigsten Dank. Besonderen Dank dem Herrn  
C. Untucht nebst Beamten und Belegschaft sowie herz-  
lichsten Dank dem Dreher- und Malerpersonal der  
Firma C. u. E. Carlsten für die vollzählige Beteiligung  
und dem Porzellanarbeiter-Verband, Zahlst. Magdeburg.

Magdeburg-N., den 17. November 1924.

# Frau Auguste Stang nebst Kindern.

Am 16. November farb plötzlich und unerwartet  
infolge Herzleidens unsere liebe Mutter, Schwieger- und  
Großmutter, die Witwe

# Marie Stardt

geb. Keil  
im 75. Lebensjahre.  
Magdeburg-Neustadt, Hohelortstraße 61.

Dies zeigen allen Verwandten und Bekannten mit der  
Bitte um feiltes Beileid an im Namen aller Hinterbliebenen

# Karl Hoffmann u. Frau, Emma geb. Stardt, Else Gebhardt als Entelin.

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 20. No-  
vember, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle d. s. Neustädter  
Friedhofes aus statt.

# Statt Karten.

Am 16. November farb plötzlich und unerwartet  
infolge Herzleidens unsere liebe Mutter, Schwieger- und  
Großmutter, die Witwe

# Marie Stardt

geb. Keil  
im 75. Lebensjahre.  
Magdeburg-Neustadt, Hohelortstraße 61.

Dies zeigen allen Verwandten und Bekannten mit der  
Bitte um feiltes Beileid an im Namen aller Hinterbliebenen

# Karl Hoffmann u. Frau, Emma geb. Stardt, Else Gebhardt als Entelin.

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 20. No-  
vember, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle d. s. Neustädter  
Friedhofes aus statt.

# Todesanzeige.

Am Sonnabend den 15. November, vormittags  
9 1/2 Uhr, verschied nach langem Leiden mein lieber  
Bruder, Schwager und Onkel, der Schriftföher

# Adolf Rolle

im Alter von 48 Jahren. 2096  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen  
**Wilhelm Rolle und Familie.**  
Die Beerdigung findet am Donnerstag den  
20. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Friedhofes aus statt.